



Informationen

zur politischen Bildung / izpb

356

3/2023

Türkei



Inhalt



4



6



16

Von Atatürk bis Erdoğan	4
Die Gründung der Republik	4
Die Schaffung einer homogenen Nation	6
Der Kemalismus in der Krise	7
Die AKP-Reformjahre	7
Von 2007 an in der Defensive	9
Gülen und der Putschversuch	10
Von der parlamentarischen Demokratie zum Präsidialsystem	10
Die Wahlen vom Mai 2023	12
Politik	13
Erdoğan und der Traum vom sozialen Aufstieg	13
Das Präsidialsystem	14
Die Parteien	15
Die Lage der Menschenrechte	16

Außen- und Sicherheitspolitik	17
Regionalmacht Türkei	17
Jenseits der Grenzen von 1923	17
Das Dreieck Türkei, Golfstaaten und Israel	18
Die Beziehungen mit Russland	19
Das Verhältnis zu Zentralasien und Afrika	19
Gesellschaft	21
Urbanisierung und Demografie	21
Bildung und Hochschulen	22
Jugend und Frauen	23
Zivilgesellschaft	24
Wirtschaft	26
Wirtschaftswunder in der Sackgasse	26
Gute Infrastruktur	27
Kernbranchen	28
Beziehungen mit Deutschland	29
Tiefpunkt 2016	30
Türkische Community	30

Zu diesem Heft

24



28



29

Am 29. Oktober 2023 jährt sich die Gründung der Republik Türkei zum 100. Mal. Nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs, dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem anschließenden Befreiungskrieg rief Mustafa Kemal Pascha – heute besser bekannt als Atatürk, „Vater der Türken“ – die junge Republik aus. Atatürk prägt die Türkei bis heute, doch auch der amtierende Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat seit Jahrzehnten großen Einfluss auf die Entwicklung seines Landes.

85 Millionen Menschen leben in dem 783 562 km² großen Land, das aus einem europäischen und einem asiatischen Teil besteht. Die Hälfte von ihnen ist jünger als 33 Jahre, und die Mehrheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist laut einer Studie von 2022 unzufrieden mit den aktuellen Entwicklungen in der Türkei. Sie kritisieren die hohe Arbeitslosigkeit sowie die abnehmende soziale Sicherheit. Die mangelnde individuelle Freiheit und der Abbau der Demokratie bereiten ihnen ebenso Sorgen wie das unbefriedigende Bildungswesen.

Als Erdoğan mit seiner Partei AKP im Jahr 2002 zum ersten Mal die Parlamentswahl gewann, galt er als großer Hoffnungsträger für eine moderne Türkei und die seit Jahrzehnten unterdrückte kurdische Bevölkerung. Doch es entwickelte sich anders: Die parlamentarische Demokratie wurde zu einem Präsidialsystem umgebaut. Die Macht konzentriert sich zunehmend auf den Präsidenten, und die Gewaltenteilung ist eingeschränkt. Die Lage der Menschenrechte und der Minderheitenschutz haben sich verschlechtert. 2021 trat die Türkei aus der Istanbul-Konvention aus, die Frauen vor (häuslicher) Gewalt schützt.

Immer wieder gehen oppositionelle Strömungen gegen diese Entwicklungen auf die Straße. Der autoritär agierende Staatsapparat reagiert darauf mit Härte. Dennoch – oder vielleicht gerade deswegen – verbinden viele Türkinnen und Türken mit Erdoğan Stabilität. Insbesondere für die Landbevölkerung ist er ein Vorbild, da er ihnen eine Stimme gibt.

Durch ihre besondere Lage agiert die Türkei in der internationalen Politik als Vermittlerin zwischen Ost und West, zuletzt im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Der Bosphorus, der Istanbul im Kleinen und die Türkei im Großen teilt, verbindet das Marmarameer mit dem Schwarzen Meer und dient so der Ukraine und Russland als zentrale Hafenstraße. In der NATO macht die Türkei häufig von ihrem Vetorecht Gebrauch, etwa beim vielfach diskutierten Beitritt Schwedens. In Nahost sieht sich die Türkei als wichtige regionale Akteurin und bemüht sich, ihren Einfluss in Afrika auszuweiten. Die intensiven deutsch-türkischen Beziehungen sind durch die hohe Attraktivität der Türkei als Urlaubsland und die große Zahl von Türkeistämmigen in Deutschland geprägt.

Zuletzt versuchte Erdoğan durch prestigeträchtige Großprojekte, wie etwa den neuen Großflughafen in Istanbul, ein positives Bild von der Türkei zu vermitteln – mit mäßigem Erfolg, denn gerade im europäischen Ausland werden die politischen Entwicklungen mit Sorge betrachtet. Dennoch benötigt die EU die Türkei als Partnerin in der Flüchtlingspolitik. Wie sich die Türkei weiter entwickeln wird, ob sie zur Rechtsstaatlichkeit zurückfinden, Menschenrechte wieder schützen und die Gewaltenteilung stärken wird, werden die nächsten Jahre zeigen.

Laura Gerken

Eine Bilanz

32

Zeittafel	33
Literatur- und Onlineverzeichnis	34
Bildnachweise	35
Der Autor	35
Impressum	35

Rainer Hermann

Von Atatürk bis Erdoğan

100 Jahre ist es her, dass in Ankara die Republik Türkei ausgerufen wurde. Fragen um die ethnische Zusammensetzung, die Staatsform und die Staatslegitimation beschäftigen das Land seitdem.



Mustafa Kemal Atatürk (li.) begründet die moderne Türkei 1923 und reformiert das Land zu einer laizistischen Republik. Recep Tayyip Erdoğan, seit 2002 an der Macht, wandelt die Türkei nach seinen Vorstellungen zu einem Präsidialsystem um. Banner in Ankara 2017

Die Gründung der Republik

Am 29. Oktober 1923 riefen die Abgeordneten der Großen Nationalversammlung in Ankara die Republik Türkei aus und wählten Mustafa Kemal, heute bekannt als Atatürk, zum ersten Präsidenten. Dazu genügte ein Zusatz zur Provisorischen Verfassung vom 20. Januar 1921, mit dem die Abgeordneten als Staatsform die Republik festlegten. Die Türkei wurde somit das erste islamische Land, das sich für die Republik als Staatsform entschieden hat. Die Proklamation der Republik beendete den türkischen Befreiungskrieg, der am 19. Mai 1919 mit der Landung von Mustafa Kemal in Samsun an der türkischen Schwarzmeerküste begonnen hatte.

Sultan Mehmed VI. hatte den jungen Offizier, der durch die Schlacht von Gallipoli 1915 berühmt geworden war, mit dem Auftrag nach Samsun geschickt, in Anatolien die osmanische Restarmee zu demobilisieren. Stattdessen organisierte Mustafa Kemal den Widerstand gegen die ausländischen Besatzungstruppen, die Siegermächte des Ersten Weltkriegs Großbritannien, Frankreich, Italien und Griechenland. Im Juli und September 1919 formulierten Vertreter aus Anatolien auf den Kongressen von Erzurum und Sivas die Ziele der türkischen Nationalbewegung. Für die Bewegung sprach das Repräsentativkomitee (*Heyet-i Temsiliye*), zu dessen Vorsitzenden sie Mustafa Kemal wählten.

Vom Ende des Osmanischen Reichs bis zur Republikgründung

Auf dem Höhepunkt seiner Macht reichte die Ausdehnung des Osmanischen Reichs im 17. Jahrhundert vom Jemen bis kurz vor Wien, vom Kaspischen Meer bis Algerien. Ein rapider militärischer Niedergang setzte im 19. Jahrhundert ein, 1852 sprach der russische Zar Nikolaus I. vom „kranken Mann am Bosphorus“. Im Osmanischen Reich bildeten sich daher Bewegungen, um den Verfall zu stoppen. Am 14. Juli 1889 gründeten in Istanbul Studenten an der medizinischen Militärakademie das Geheimkomitee *İttihat ve Terakki* (Einheit und Fortschritt). Die Kriegsakademien wurden nun die Keimzellen der Erneuerer. Wegweisend wurde ein Kongress der Exilgruppen 1902 in Paris, bei dem sich der nationalistische Flügel gegenüber den Befürwortern einer liberalen Reformpolitik durchsetzte. Letztere waren bereit, mit den nicht türkischen Minderheiten in Anatolien zusammenzuarbeiten.

In Frankreich nannten sich die Mitglieder der Bewegung *Jeunes Turcs*, die jungen Türken.

Der im Untergrund agierenden jungtürkischen Bewegung schlossen sich junge Offiziere und Intellektuelle an. Aktiv waren sie besonders auf dem Balkan mit Saloniki, dem Geburtsort Atatürks, als Zentrum. 1908 traten sie erstmals offen auf und zwangen den absolutistisch regierenden Sultan Abdülhamid II., die Verfassung von 1876 wieder in Kraft zu setzen. 1909 putschte das Komitee Einheit und Fortschritt gegen den Sultan, und der nationalistische, prodeutsche Flügel der jungtürkischen Bewegung übernahm die Macht. Mit harter Hand trieb die neue Regierung die Türkisierung des Reichs voran, NichttürkInnen wurden StaatsbürgerInnen zweiter Klasse.

Im Januar 1913 übernahm das jungtürkische Triumvirat, dem Ismail Enver, Mehmed Talat und Ahmed Cemal angehörten, die Macht. Im August 1914 schloss die Türkei mit dem Deutschen Reich ein Geheimbündnis und trat an der Seite der Mittelmächte in den Ersten Weltkrieg ein. Am 24. April 1915 begann der Genozid am armenischen Volk. Die jungtürkische Kriegsregierung hatte ihn über Monate vorbereitet. Sie strebte nach den verlorenen Balkankriegen einen homogenen Staat für muslimische TürkInnen an. Sie verfolgte das Ziel, armenisches Leben in Anatolien auszulöschen. Opfer der ethnischen Säuberung wurden auch die assyrischen ChristInnen, von denen die Hälfte den Ersten Weltkrieg nicht überlebte. Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg setzte sich das jungtürkische Triumvirat im Oktober 1918 aus Istanbul ab und floh ins Ausland. Der von ihnen marginalisierte liberale Flügel der Jungtürken übernahm die Rolle des Konkursverwalters. Ihre Regierung unterzeichnete am 30. Oktober 1918 das Waffenstillstandsabkommen von Mudros. Die Jungtürken hatten mit ihrer radikalen Türkisierungspolitik den Untergang des Osmanischen Reichs beschleunigt. Viele Veränderungen, die sie lediglich angestoßen hatten, um das Reich zu modernisieren – wie die Reformen des Rechts, des Bildungswesens und der staatlichen Finanzen sowie die Zurückdrängung der Religion und die Besserstellung der Frauen –, hatten jedoch erst nach der Gründung der Republik Türkei 1923 eine Chance, Wirklichkeit zu werden. Der neue Staat musste auf einer völlig neuen Basis beginnen.

Im März 1920 löste Großbritannien in Istanbul das letzte osmanische Parlament auf und ordnete die Festnahme von Abgeordneten an. Mustafa Kemal lud die Abgeordneten, die nicht verhaftet worden waren, nach Ankara ein, wo die Große Nationalversammlung (*Türkiye Büyük Millet Meclisi*) am 23. April 1920 zum ersten Mal zusammentrat. Währenddessen richteten sich die Kampfhandlungen in Anatolien insbesondere gegen die französischen und entlang der Ägäisküste gegen die griechischen Besatzungstruppen. Am 15. Mai 1919 hatte die britische Regierung die griechische Armee ermuntert, in Smyrna, dem heutigen Izmir, an Land zu gehen. Zwei Jahre später standen griechische Truppen 130 Kilometer vor Ankara, im August 1922 wendete Mustafa Kemal den Kriegsverlauf entscheidend: Am 9. September 1922 nahmen türkische Einheiten Smyrna ein, am 4. Oktober 1923 verließen die letzten Besatzer Istanbul.

Mit den militärischen Erfolgen der Unabhängigkeitsbewegung wurden die Beschlüsse der Siegermächte des Ersten Weltkriegs bedeutungslos. Sie hatten noch mit der Regierung des osmanischen Sultans den Vertrag von Sèvres ausgehandelt, der am 10. August 1920 unterzeichnet wurde. Der Vertrag sah vor, die Türkei bis auf ein Rumpfgelände im Inneren Anatoliens unter den Siegermächten aufzuteilen. Am 1. November 1922 setzte die Große Nationalversammlung den Sultan als weltlichen Herrscher ab und verhandelte nun selbst mit den Siegermächten. Am 24. Juli 1923 wurde in Lausanne ein neuer Friedensvertrag unterzeichnet. In ihm erkannten die Siegermächte die Türkei als souveränen Staat in ihren bis heute gültigen Grenzen an.



Unterzeichnung des Vertrags von Lausanne am 24. Juli 1923: Die Türkei wird von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs als souveräner Staat anerkannt.

Der Vertrag regelte einen Bevölkerungsaustausch zwischen der Türkei und Griechenland, der unter Aufsicht des Völkerbunds vollzogen wurde. Dessen Hochkommissar für Flüchtlingsfragen, der Norweger Fridtjof Nansen (1861–1930), war davon überzeugt, dass die Spannungen, die zum Ersten Weltkrieg geführt hatten, in homogenen Nationalstaaten vermieden werden könnten. Bereits im Jahrzehnt vor 1923 waren griechisch-orthodoxe ChristInnen nach gewaltsamen Auseinandersetzungen aus Anatolien geflohen oder vertrieben worden. In Lausanne wurde erstmals in einem völkerrechtlichen Vertrag

eine Zwangsumsiedlung vereinbart. In einem organisierten Bevölkerungsaustausch, der ebenso von Gewalt begleitet war, sollten weitere 200 000 griechisch-orthodoxe ChristInnen Anatolien, aber noch nicht Istanbul verlassen und im Gegenzug 350 000 Türkisch sprechende Muslime und Muslimas aus Griechenland in die Türkei umsiedeln. In wenigen Jahren hatten damit bis zu 1,5 Millionen GriechInnen die Türkei verlassen müssen, oft unter menschenunwürdigen Bedingungen. Entlang der Ägäisküste, im sogenannten Kleinasien, ging damit eine griechische Siedlungsgeschichte zu Ende, die bis in die Antike zurückreicht.

Das Ende des Osmanischen Reichs und die Geburt der Republik Türkei waren von Flucht und Vertreibung geprägt. In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg hatten Millionen sunnitische Muslime und Muslimas, die aus dem Kaukasus und dem Südosten Europas vertrieben worden waren, in Anatolien Zuflucht gefunden. Mit ihrer Integration entstand auf dem Boden der heutigen Türkei eine neue muslimisch-türkische Identität.

Der Erste Weltkrieg hatte in der Türkei 1912 mit dem Ersten Balkankrieg begonnen, und er endete erst 1922 mit dem militärischen Sieg im Unabhängigkeitskrieg. In diesem langen Jahrzehnt vollzog sich der blutige Wandel von dem multiethnischen und multikonfessionellen Osmanischen Reich zu einer Republik, die sich der türkischen Nation bis heute verpflichtet sieht. Der lange Krieg hatte Anatolien verwüstet. Im Osten Anatoliens verlor fast die Hälfte der Bevölkerung durch Epidemien, Hunger und Massaker das Leben. Durch gezielte Gewalt gegen Zivilpersonen, die von regulären bewaffneten Einheiten, aber auch von irregulären Banden ausging, starben 2,5 Millionen Muslime und Muslimas sowie 1,5 Millionen armenische, 300 000 griechische und 250 000 assyrische ChristInnen.

Die Schaffung einer homogenen Nation

Mit der Gründung der Republik gab es zwar einen neuen türkischen Staat, aber noch keine homogene türkische Nation. Kriterium für die Zugehörigkeit zu dieser Nation war, sich als TürkIn zu definieren und MuslimIn zu sein. Wer von dieser Norm abwich, wurde bekämpft. Das bekamen die KurdInnen zu spüren, die 1925 einen Aufstand gegen den neuen Zentralstaat begannen, der bald niedergeschlagen wurde. Auch die AlevitInnen der Region Dersim fügten sich nicht in die neue Doktrin eines türkischen Staatsvolks. Ihre Religion hat zwar Gemeinsamkeiten mit dem Islam, sie speist sich jedoch aus mehreren Quellen, und eine bedeutende Anzahl sprach (und spricht) Zaza, das zum nordwestlichen Zweig der iranischen Sprachfamilie gehört.

Der Zentralstaat ordnete 1934 die Umsiedlung von Dersim-AlevitInnen in die Westtürkei an. Dort sollten sie ihre Identität verlieren und sich selbst als sunnitisch-muslimische TürkInnen wahrnehmen, also assimilieren. 1936 wurde Dersim in Tunceli (bronzene Hand, sinngemäß eiserne Faust) umbenannt. Am 4. Mai 1937 begann die Niederschlagung der Aufstände. Die militärische Operation trug den Namen *tedip ve tenkil* (Züchtigung und Deportation). 1937 und 1938 wurden nach staatlichen Angaben 13 800 Menschen getötet, nach inoffiziellen Schätzungen weit mehr.

Die neue Republik war nicht mehr wie das Osmanische Reich religiös legitimiert, sondern durch das Konzept des Volkswillens. Jedoch knüpfte sie auch an das Osmanische Reich an. Dieses hatte seit dem späten 18. Jahrhundert versucht, sich mittels Reformen gegenüber dem überlegenen Westen zu behaupten.



Zu Atatürks Reformpolitik gehört unter anderem die Einführung des Frauenwahlrechts 1930. Stimmabgabe am 30. Oktober 1930 bei den Kommunalwahlen in Istanbul

Osmanische Reformer reorganisierten das Militär, sie modernisierten das Bildungswesen, alle Untertanen wurden zivilrechtlich gleichgestellt. Mustafa Kemal setzte die Reformpolitik mit beispielloser Radikalität fort, um die Türkei nach westlichem Vorbild zu modernisieren.

Am 20. April 1924 gab sich die Republik die erste Verfassung. Revolutionär waren aber erst die Gesetze, die in den zehn Jahren danach verabschiedet und durchgesetzt wurden. Eingeführt wurden ein neues Zivil- und ein neues Strafbuch, das Rechtssystem orientierte sich an europäischen Vorbildern und wurde von religiösen Bezügen befreit. 1930 wurde das aktive Frauenwahlrecht eingeführt, 1934 das passive.

Anstelle der arabischen Schrift trat das lateinische Alphabet und anstelle des islamischen Kalenders der gregorianische. Die Änderung des Namensrechts verpflichtete jedes Familienoberhaupt aus Beispiellisten einen Familiennamen zu wählen. Davor hatte es nur Vornamen gegeben. Die Nationalversammlung verlieh Mustafa Kemal den Nach- und Ehrennamen Atatürk („Vater der Türken“). Aus der Sprache wurden arabische und persische Einflüsse entfernt. Radikal waren die Maßnahmen, um den Islam aus der Öffentlichkeit und aus dem Kulturgut der Bevölkerung zu verbannen. 1924 hob die Große Nationalversammlung das Kalifat, die geistliche Führung aller Muslime und Muslimas, auf, und 1928 führte sie den Laizismus als Ordnungsprinzip für das Verhältnis von Staat und Religion ein.

Die Koranschulen und Derwischkonvente, Treffpunkte für den Volksislam, wurden aufgelöst. Die religiösen Orden wurden ebenso verboten wie die Wallfahrt nach Mekka und das Tragen einer religiösen Kleidung in der Öffentlichkeit. Der Religionsunterricht wurde von 1924 bis 1938 schrittweise als Lehrfach an den Schulen abgeschafft, nach 1950 jedoch wieder eingeführt. Mit der Gründung des Vorläufers des *Diyanet İşleri Başkanlığı* (Präsidium für Religionsangelegenheiten) gab sich die Regierung bereits 1924 ein Instrument an die Hand, um einen mit der Republik kompatiblen Islam zu schaffen. Die Maßnahmen, die in ihrer Summe einer Revolution entsprechen, setzte Atatürk mit der von ihm gegründeten, alleinherrschenden *Cumhuriyet Halk Partisi* (Republikanische Volkspartei, CHP) durch.

Atatürk fasste 1931 die Prinzipien seiner Politik in **sechs Pfeilen** (*altı ok*) zusammen. Zu ihnen gehörten weder die Demokratie noch die Freiheit. Die sechs Prinzipien sollten eine homogene Nation formen. Die Geschichte der Republik wurde aber eine Geschichte des Widerstands derer, die durch diese Prinzipien ausgegrenzt werden. KurdInnen begehrten gegen das Prinzip des türkischen **Nationalismus** (*milliyetçilik*) auf, fromme Muslime und Muslimas gegen den **Laizismus** (*laiklik*), der den Islam aus

der Öffentlichkeit ausschließt und der Religionsbehörde unterstellt. Linke widersetzten sich dem **Populismus** (*halkçılık*), der die Existenz von Klassen leugnet, und Liberale dem **Etatismus** (*devletçilik*), der die Wirtschaft dem Primat des Staates unterstellt. Die Generäle, die von 1960 an wiederholt intervenierten, entzogen dem **Revolutionären Reformismus** (*devrimçilik*) den Boden, indem sie den Status quo, wie ihn Atatürk hinterlassen hatte, festzuhalten versuchten. Nie umstritten war der **Republikanismus** (*cumhuriyetçilik*).

Der Kemalismus in der Krise

Atatürk starb 1938. Als der Zweite Weltkrieg – in dem die Türkei kein Kriegsschauplatz war – endete, schien sein Erbe fest verankert. Es zeigte sich jedoch, dass der Kemalismus nicht in den ländlichen Regionen Anatoliens angekommen war. 1946 endete die Einparteiherrschaft der CHP. Bei der ersten freien Parlamentswahl am 14. Mai 1950 siegte die neu gegründete konservative Demokratische Partei mit großer Mehrheit. In Anlehnung an diese Wahl legte Recep Tayyip Erdoğan die Parlaments- und Präsidentenwahl von 2023 ebenfalls auf den 14. Mai. Von Adnan Menderes, dem Wahlsieger von 1950, übernahm Erdoğan den Slogan „Es reicht! Die Nation hat das Wort!“ (*Yeter! Söz milletindir!*). Er griff damit die alte Elite aus Offizieren, Bürokraten und Intellektuellen an, die das Erbe Atatürks verwalteten.

Um Abweichungen zu korrigieren, die demokratisch legitimierte Politiker eingeleitet hatten, intervenierten die Generäle wiederholt. 1960 setzten sie erstmals eine Regierung ab, Menderes wurde hingerichtet. Militärputsche folgten 1971 und 1980; 1997 zwang der Generalstab die Regierung zum Rücktritt. Die Türkei wurde keine Militärdiktatur, jeder Putsch verschärfte aber die innenpolitischen Konflikte.



Mehrmals putscht das Militär in der Türkei, weil es mit Entscheidungen der demokratisch gewählten Politiker nicht einverstanden ist. Panzer in den Straßen 1980

Abgesehen von der Phase nach der Gründung der Republik hat sich die Türkei in keinem Jahrzehnt mehr verändert als in den 1960er-Jahren. Nach 1945 zogen in einem wachsenden Strom ländliche, anatolische TürkInnen in die Städte und errichteten, meist auf öffentlichem Grund, illegale Siedlungen, die *Gecekondu*. Diese lagen am Rande der Städte, ihrem ländlichen Denken und Verhalten blieben die Zugezogenen treu. Verächtlich blickten die städtische Elite und ihre Partei, die CHP, auf sie herab. Fürsprecher der Menschen aus Anatolien wurden konservative und vor allem islamisch gefärbte Parteien.

Mit der Industrialisierung entstanden militante Gewerkschaften, mit dem Kalten Krieg bildete sich eine Bewegung gewaltbereiter Nationalisten. Als die Verfassung von 1961 die Freiheiten erheblich erweiterte, wurden die Universitäten Zentren linker Agitation. Erstmals wurde der kurdische Konflikt (siehe S. 8) offen diskutiert. Nationalistische, linke und kurdische Organisationen lieferten sich blutige Auseinandersetzungen. Sie entluden sich in bürgerkriegsähnlichen Zuständen, die der Militärputsch vom 12. September 1980 beendete.

Die Träger der kemalistischen Doktrin, die sich nicht erneuerte, wollten die gesellschaftlichen Veränderungen mit einem autoritären Staat aufhalten. Zugeständnisse im kurdischen Konflikt lehnten sie ebenso als Gefahr für die nationale Souveränität ab wie die Annäherung an die EU. So verlor die kemalistische Weltanschauung aber allmählich an Bindekraft. Hingegen profitierten islamische Parteien vom gesellschaftlichen Wandel, indirekt von den Putschgenerälen, die den Islam nach 1980 als Mittel im Kampf gegen die türkische Linke eingesetzt hatten, sowie schließlich vom Verlust der Glaubwürdigkeit der alten politischen Klasse.

Die AKP-Reformjahre

Eine Zäsur brachte die Wahl von 2002, die die *Adalet ve Kalkınma Partisi* (AKP, Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) von Recep Tayyip Erdoğan mit einem Erdrutschsieg gewann. Ihre Gründung am 14. August 2001 war eine Folge des „postmodernen“ Putsches vom 28. Februar 1997, der Ministerpräsident Necmettin Erbakan, den Vorsitzenden der islamistischen *Refah Partisi*, zum Rücktritt gezwungen hatte. Seine Partei wurde ebenso verboten wie die auf sie folgende *Fazilet Partisi*. Daraufhin spaltete sich *Milli Görüş*, die Bewegung des politischen Islams in der Türkei: Die „Traditionalisten“ um Erbakan gründeten die *Saadet Partisi*, die „Erneuerer“ um Erdoğan die AKP.

Der AKP bot sich eine historische Chance, und sie nutzte sie. Die alte politische Klasse war seit dem Erdbeben vom 17. August 1999 diskreditiert, sie stand wegen der langsamen und unzureichenden Hilfsmaßnahmen in der Kritik. Bei dem Erdbeben mit der Stärke 7,6, dessen Epizentrum östlich von Istanbul lag, verloren 18 373 Menschen ihr Leben, 48 901 wurden verletzt. Zudem waren über Jahrzehnte Wahlen nicht mit Programmen gewonnen worden, sondern mit der Verteilung staatlicher Ressourcen. So steuerte die Republik zwei Jahre nach dem Erdbeben auf einen Staatsbankrott zu. Abgewendet wurde dieser von einem



2002 gewinnt Erdoğan (re.) mit seiner AKP erstmals die Parlamentswahl. Als einzige weitere Partei zieht die CHP mit ihrem Vorsitzenden Deniz Baykal (li.) ins türkische Parlament ein.



Der kurdische Konflikt

Der kurdische Konflikt belastet die Republik seit ihrer Gründung. Während die Kurdinnen und Kurden, die ein Fünftel der Bevölkerung stellen, eine Dezentralisierung und das Recht fordern, innerhalb der Republik ihre kurdische Identität leben zu können, befürchtet eine Mehrheit der türkischen StaatsbürgerInnen, dass Zugeständnisse an die KurdInnen die territoriale Einheit der Türkei gefährden könnten. Der türkische Staat praktizierte daher über Jahrzehnte eine Politik der Assimilation. Anläufe, die kurdische Frage politisch zu lösen, scheiterten wiederholt am Widerstand türkischer Nationalisten.

Einer politischen Lösung steht auch die militante Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) im Weg. Nach dem Massaker von Dersim im Jahr 1938 waren die kurdischen Forderungen verstummt. Ein Thema wurden sie erst wieder in den 1970er-Jahren im Zusammenhang mit den sozialistischen Bewegungen an den Universitäten. 1978 gründeten linke AktivistInnen um Abdullah Öcalan die marxistisch-leninistische PKK, die zunächst den kurdischen Großgrundbesitzern den Kampf ansagte, dann auch dem türkischen Staat den Krieg erklärte.

Die PKK diskreditierte mit ihrem Terror die Anliegen der KurdInnen. Im Bürgerkrieg der 1990er-Jahre wurden schätzungsweise 40000 Menschen getötet. Auch der türkische Staat machte sich großer Menschenrechtsverletzungen schuldig und fügte dem Rechtsstaat großen Schaden zu. Türkische Soldaten und paramilitärische Einheiten zerstörten während des Ausnahmezustands von 1987 bis 2002 im Südosten Anatoliens mehr als 3000 kurdische Dörfer, um Rückzugsräume der PKK auszutrocknen. Regionen wurden entvölkert, über eine Million Menschen wanderten in den Westen der Türkei ab.

Öcalan wurde am 15. Februar 1999 in Nairobi, Kenia, festgenommen und in die Türkei gebracht, wo er zum Tode verurteilt wurde. Das Urteil wurde nach Abschaffung der Todesstrafe 2002 in lebenslange Haft umgewandelt. Öcalan sitzt auf der Gefängnisinsel İmralı in Einzelhaft. Die Führung der PKK hat sich in die Kandil-Berge zurückgezogen, die im irakischen Grenzgebiet zur Türkei und zu Iran liegen. Im Jahr 2002 setzte die EU die PKK auf die Terrorliste.

Prokurdische Parteien, die eine gewaltfreie Lösung anstreben, können sich nur schwer zwischen dem Terror der PKK und der fehlenden Bereitschaft des türkischen Staates, die Anliegen der KurdInnen als legitim zu akzeptieren, behaupten. Die 1990 gegründete *Halkın Emek Partisi* (HEP, Arbeitspartei des Volkes) wurde 1993 verboten. Seit 1993 wurden fünf prokurdische Parteien verboten, zwei lösten sich selbst auf. Allen wurde vorgeworfen, Verbindungen zur PKK zu unterhalten. 2021 wurde gegen die achte prokurdische, links gerichtete Partei, die 2012 gegründete *Halkların Demokratik Partisi* (HDP, Demokratische Partei der Völker), ein Verbotverfahren eröffnet. Sie ist seit 2018 die zweitgrößte Oppositionspartei. Das Verfahren wurde eingeleitet, nachdem der MHP-Vorsitzende Bahçeli das gefordert hatte.

Die Anklage gegen die HDP lautet, sie habe sich an Aktivitäten beteiligt, die gegen die „unteilbare Integrität des Staates mit seinem Gebiet und seiner Nation“ gerichtet seien, und sie sei ein Zentrum derartiger Aktivitäten geworden, was die HDP entschieden zurückweist.

Erdoğan hatte erstmals 1993, vor seiner Wahl zum Oberbürgermeister Istanbuls, eine politische Lösung des Kurdenkonflikts auf der Basis der muslimischen Brüderlichkeit gefordert. 2005 räumte er in einer Rede in Diyarbakır Fehler des Staates ein. Danach begann die AKP-Regierung ihre Politik der kurdischen Öffnung (*Kürt Açılımı*). Sie nahm mit VertreterInnen der KurdInnen einen Dialog über deren Forderungen auf, von 2009 bis 2011 führte der türkische Geheimdienst in der norwegischen Hauptstadt Oslo Geheimgespräche mit der PKK, direkte Gespräche fanden auch mit Öcalan statt. Die Regierung stellte zudem für Mitglieder der PKK eine Amnestie in Aussicht.

2015 brach die kurdische Öffnung ab. Die PKK fürchtete, ihre Bedeutung für die kurdische Politik zu verlieren, und der AKP nützte ihre KurdInnenpolitik nicht. Sie verlor im Gegenteil Stimmen an die rechtsextreme MHP. Die PKK nahm ihren Krieg gegen den türkischen Staat wieder auf, dieser geht seither wieder mit Luft- und Bodenoffensiven gegen Stellungen der PKK im Nordirak vor. Die türkische Armee besetzte von Kurdinnen und Kurden bewohnte Teile im Norden Syriens, im Südosten der Türkei lieferte sie sich 2015 und 2016 Straßenschlachten mit jungen militanten Kurdinnen und Kurden.

Parallel dazu kriminalisiert der türkische Staat die HDP. Am 4. November 2016 wurden die damaligen Ko-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yükkeddağ sowie sieben weitere HDP-Abgeordnete festgenommen, sie sind seither inhaftiert. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte urteilte, die Verhaftung von Demirtaş sei „politisch motiviert“, und forderte dessen Freilassung. Drei weitere HDP-Abgeordnete wurden 2020 und 2021 verhaftet.

Seit 2016 wurden mehr als hundert gewählte HDP-Bürgermeister abgesetzt und durch staatliche Zwangsverwalter ersetzt, seit Herbst 2020 wurden mehrere hundert Mitglieder und Sympathisanten der HDP verhaftet. Eine Verhaftungswelle fand noch drei Wochen vor den Wahlen vom Mai 2023 statt. Die Anklage erfolgt meist auf Grundlage des vage formulierten Antiterrorgesetzes, das, so *Amnesty International*, „zur Bestrafung eines breiten Spektrums an legitimen Aktivitäten einschließlich der Äußerung politisch abweichender Meinungen verwendet“ werde.

Die Türkei hat Gelegenheiten verpasst, den kurdischen Konflikt beizulegen, als er noch lediglich ein innertürkischer Konflikt war. Mit dem Zerfall Syriens, mit der Bildung der halbautonomen kurdischen Region Rojava in Nordsyrien und mit den vier völkerrechtswidrigen Militäroffensiven von 2016 bis 2019 in Syrien ist eine Lösung jedoch komplizierter geworden.

In Nordsyrien herrscht die 2003 gegründete, aus der PKK hervorgegangene Partei der Demokratischen Union (PYD) mit ihrer 2011 gegründeten Miliz der Volksverteidigungseinheiten (YPG). Die YPG führt die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) an, den wichtigsten Partner der USA im Kampf gegen den Islamischen Staat. Mit dem Ziel, eine kurdische Autonomieverwaltung zu verhindern und syrische Flüchtlinge im Norden Syriens in den Regionen anzusiedeln, aus denen die türkische Armee und ihre lokalen syrischen Partner die alteingesessene kurdische Bevölkerung vertrieben haben, sucht die Türkei seit 2022 eine Wiedernäherung mit dem Assad-Regime (siehe S. 17).

Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) und damit verbundenen Reformauflagen. Bei der Wahl vom 2. November 2002 strafte die Wählenden schließlich die gesamte politische Klasse ab. Alle im Parlament vertretenen Parteien scheiterten an der 10-Prozent-Sperrklausel, keine zog wieder ins Parlament ein. Die AKP füllte als stärkste Partei das Vakuum. Sie war nun die Volkspartei rechts der Mitte. Mit ihr gelang nur der CHP der Einzug ins Parlament.

In der AKP als einer konservativ-demokratischen Partei waren zunächst vier Flügel vertreten. Neben Islamisten fanden in ihr konservative, nationalistische und wirtschaftsliberale TürkInnen eine Heimat. Als Regierungspartei gewann sie auch nicht islamistische WählerInnen aus der Mittelschicht. Sie setzte die vom IWF vorgegebenen Reformen um, wodurch sich das jährliche Einkommen pro Kopf von 2002 bis 2013 auf 12 500 US-Dollar fast vervierfachte. Zudem näherte sich die Türkei weiter der EU an. Der EU-Prozess hatte zunächst Fahrt aufgenommen, als die Regierung unter Ministerpräsident Bülent Ecevit (1999 bis 2002) das Zivilrecht reformierte, die rechtliche Stellung der Frau verbessert sowie das Versammlungs- und Demonstrationsrecht gestärkt hatte.

Die AKP-Regierung und das von ihr dominierte Parlament setzten die Reform des Zivilrechts fort und reformierten das Strafgesetzbuch umfassend. Sie schafften die Todesstrafe auch in Kriegszeiten ab, verboten Folter und beendeten die Straffreiheit für Polizisten. Ausgeweitet wurde das Versammlungs- und Demonstrationsrecht. Die kurdische Minderheit erhielt kulturelle Freiheiten. Der Gebrauch der kurdischen Sprache und Kurdischunterricht wurden erlaubt. Der Staatssender TRT (*Türkiye Radyo ve Televizyon Kurumu*) und drei private Fernsehkanäle strahlten ab 2004 Sendungen auf Kurdisch aus. Nach der Verabschiedung der Strafrechtsreform und der Festigung der Rechtsstaatlichkeit empfahl die EU-Kommission am 6. Oktober 2004, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Sie begannen 2005.

Von 2007 an in der Defensive

Aufgrund der wirtschaftlichen Erfolge und der Annäherung an die EU steigerte die AKP ihren Anteil bei Wahlen von 34,4 Prozent (2002) auf 46,5 (2007) und 49,9 Prozent (2011). Der Reformelan kam jedoch rasch zum Erliegen. Einen Dämpfer versetzte der Türkei der neue französische Präsident Nicolas Sarkozy, als er im Juni 2007 sagte, dass der Platz der Türkei nicht in Europa sei. Zuvor, im April 2007, hatte das Militär mit einem Putsch für den Fall gedroht, sollte die AKP an der Wahl von Abdullah Gül zum neuen Präsidenten der Republik festhalten. Anders noch als 1997 setzten sich die Generäle nicht mehr durch, sondern beugten sich dem politischen Willen.

Nicht so die Verfassungsrichter: Im Juni 2008 fehlte im Verfassungsgericht lediglich eine Stimme, um die mit absoluter Mehrheit regierende AKP zu verbieten. Nun schaltete Erdoğan auf einen autoritären Kurs um. Das Verfassungsreferendum vom 12. September 2010 drängte den Einfluss des Militärs weiter zurück und beschneidete die Unabhängigkeit der Justiz. Diese Änderungen sollten dem Systemwechsel im Jahr 2018 den Weg ebnen.

Die Gezi-Proteste vom Frühjahr 2013 waren dann der Auslöser, die Macht mit allen Mitteln zu verteidigen. Sie hatten sich an der Bebauung des Gezi-Parks auf dem Istanbuler Taksim-Platz entzündet und breiteten sich landesweit aus. Zwei Jahre nach den Massenprotesten in der arabischen Welt, bei denen vier Präsidenten gestürzt wurden, fürchtete Erdoğan, die Macht zu verlieren. Er ließ die Proteste mit Polizeigewalt niederschlagen und bezeichnete seine Gegner als Terroristen. Für sich beansprucht er, den Volkswillen (*milli irade*) zu verkörpern, von der türkischen Nation spricht er als *benim milletim* (meine Nation).

Bei der Parlamentswahl vom 7. Juni 2015 verlor die AKP erstmals Stimmen. Mit nur noch 40,9 Prozent konnte sie keine Regierung mehr bilden. Erdoğan, Präsident seit 2014, beauftragte aber nicht die Opposition mit der Regierungsbildung,



Nach den Umstürzen in der arabischen Welt 2011 fürchtet Erdoğan um seine Macht und geht gegen jegliche Opposition vor. 2013 werden Proteste, die sich gegen die Bebauung des Gezi-Parks in Istanbul richten, brutal niedergeschlagen, wie hier am 11. Juni 2013.

sondern schrieb vorgezogene Neuwahlen aus. Bei diesen erhielt die AKP am 1. November 2015 wieder 49,5 Prozent. Die Monate zwischen den beiden Wahlen zählen zu den blutigsten in der jüngeren türkischen Geschichte. Am 10. Oktober 2015 wurden bei einem Selbstmordanschlag des Islamischen Staats gegen eine Friedensdemonstration in Ankara 102 Menschen getötet.

Eine Alternative zu Erdoğan's faktischer Ein-Mann-Herrschaft war aufgrund der Schwäche der Opposition nicht in Sicht. Auch in der AKP formierte sich kein offener Widerstand. Gründungsmitglieder wie Abdullah Gül und Bülent Arınç gingen lediglich auf Distanz zu Erdoğan. In den Fokus geriet daher eine andere Strömung innerhalb des Regierungslagers.

Gülen und der Putschversuch

Die AKP und die Bewegung des Predigers Fethullah Gülen waren eine enge Koalition eingegangen, von der beide Seiten profitierten. Die AKP gewann Wahlen, hatte aber nicht genügend qualifiziertes Personal, um den Staatsapparat kompetent zu besetzen. Über das verfügte die Gülen-Bewegung aufgrund ihrer Bildungseinrichtungen. Ihre Mitglieder waren stark in der Justiz und der Polizei vertreten. In den Ergenekon-Prozessen verurteilten Staatsanwälte und Richter, die der Bewegung nahestanden, ab 2008 unter anderem Hunderte Generäle als mutmaßliche Mitglieder einer angeblichen Verschwörungsgruppe zu langjährigen Haftstrafen und schalteten damit die Armee als politischen Akteur aus. Sie schufen so Platz für die Beförderung junger Offiziere, die loyal zur AKP-Regierung und der Gülen-Bewegung standen. Am 21. April 2016 hob der Oberste Gerichtshof 275 Verurteilungen wieder auf. In der Zwischenzeit war es zum Bruch zwischen Erdoğan und Gülen gekommen.



Die regierende AKP nutzt 2016 den gescheiterten Putschversuch, um regimiekritische Personen in Militär, Justiz und Staatsapparat zu entfernen. Prozessauftakt gegen einige türkische Militärs im Februar 2017

Eine Entfremdung hatte 2011 eingesetzt. In der AKP war die Unruhe über den Einfluss der Bewegung gewachsen, die Gülen-Bewegung wiederum kritisierte die Politik der Regierung. Sie lehnte die Verhandlungen mit der PKK, der Arbeiterpartei Kurdistans, ebenso ab wie Erdoğan's Kritik an der Politik Israels gegenüber den Palästinenserinnen und Palästinensern. So nannte Erdoğan Israel wiederholt einen „Terrorstaat“. [Konkreter Auslöser für Gülen war 2010 die Aktion des türkischen Hilfsschiffs Mavi Marmara für Gaza.] Ihr nahestehende Staatsanwälte leiteten am 17. Dezember 2013 Korruptionsermittlungen gegen Erdoğan's Umfeld ein, der zum Gegenschlag ausholte. Die Gülen-Bewegung sollte mit der Zerstörung ihrer wichtigsten Einnahmequellen, den beliebten und

parallel zum Schulsystem laufenden Repetitorien (*dershane* = Paukklassen, die effizient auf die Jahresabschlussprüfungen und die Hochschulzugangsprüfungen vorbereiten), liquidiert werden. Im offiziellen Sprachgebrauch hieß sie nun *Fetö*, Terrororganisation des Fethullah.

Ende 2013 begann die AKP-Regierung, Namenslisten der Gülen-Bewegung zu erstellen. Eine große Säuberungsaktion von Gülenisten aus dem Staatsapparat und der Armee stand bevor, als am Abend des 15. Juli 2016 Panzer ausrückten und Kampfflugzeuge in Ankara das Parlament beschossen, nicht aber den Präsidentenpalast. Erdoğan beschuldigte umgehend die Gülen-Bewegung. Noch in der Nacht begann die Verhaftung von 1500 Personen, die auf den Namenslisten standen.

Die AKP verbreitete das Narrativ, die Gülen-Bewegung habe mit Unterstützung der USA den Putsch mit der Absicht geplant und durchgeführt, den Aufstieg der Türkei unter Erdoğan's Führung zu stoppen. Er sei gescheitert, als sich die Menschen den Panzern entgegengestellt hätten. Eine überzeugende Aufklärung der Umstände des Putschversuchs fand bis heute nicht statt. Eine konkurrierende Version lautet, Erdoğan selbst habe den Putschversuch inszeniert, um anschließend die Opposition auszuschalten und das Präsidialsystem einführen zu können. In diesem Sinn spricht der CHP-Vorsitzende Kemal Kılıçdaroğlu von einem „kontrollierten Putsch“, bei dem Erdoğan Kontrolle über den Putschversuch gehabt habe. Möglich ist eine Mischung beider Versionen. Laut dieser habe die Regierung von Putschplänen in der Armee zwar gewusst, aber nichts unternommen, sie zu vereiteln, um so illoyale Offiziere identifizieren zu können.

Vollkommen überraschend war der Putschversuch nicht. Türkische und internationale Medien hatten im Frühsommer wiederholt über Putschgerüchte in Ankara berichtet. Die Ereignisse der Nacht auf den 16. Juli 2016 geben aber Rätsel auf. So war die Zahl der beteiligten Soldaten zu gering, um die Regierung zu stürzen, und der Putschversuch begann, als an einem Freitag der Feierabendverkehr seinen Höhepunkt erreicht hatte. Zudem hat die AKP-Regierung nie ein Dokument dazu vorgelegt, was die Putschisten nach einem Erfolg geplant hatten. Unklar bleibt weiterhin, in welchem Umfang kemalistische Offiziere beteiligt waren, die Erdoğan's Politik ebenso wie auch die Gülen-Bewegung ablehnen.

Von der parlamentarischen Demokratie zum Präsidialsystem

Die AKP versuchte, die Niederschlagung des Putschversuchs zum neuen Gründungsmythos der Republik zu erheben. Anstatt lediglich die Putschisten zu bestrafen und eine nationale Versöhnung einzuleiten, begann eine breit angelegte Jagd auf Erdoğan's KritikerInnen und GegnerInnen. Die Justiz startete Hauptverhandlungen gegen 400 000 Personen, die wegen „Mitgliedschaft in einer Terrororganisation“ angeklagt waren. Der Staat entließ 130 000 Personen, die auch bei anderen Arbeitgebern keine Arbeit mehr finden konnten und deren Pässe für ungültig erklärt wurden.

Von dem Rundumschlag waren neben GülenistInnen auch KurdInnen und Linke betroffen sowie AkademikerInnen, die im Frühjahr 2016 einen Friedensaufruf zur Lösung der Kurdenfrage unterzeichnet hatten. Es wurden Ausnahmerechtsverordnungen verabschiedet, die alle früheren Ausnahmeregelungen in der Türkei übertrafen. Die meisten Maßnahmen wurden seither in reguläres Gesetz umgewandelt, wodurch das Ausnahmerecht zum Normalfall wurde.

Das Erdbeben vom Februar 2023

Die Türkei gehört zu den Ländern, die am stärksten und häufigsten von Erdbeben betroffen sind. Seit 1900 haben 20 Beben der Stärke 7,0 oder mehr die Türkei erschüttert. Am 6. Februar 2023 bebte die Erde dort, wo die Anatolische Platte, die Arabische Platte und die Afrikanische Platte aufeinanderstoßen. Das erste Beben um 04:17 Uhr Ortszeit mit dem Epizentrum in Pazarcık hatte eine Stärke von 7,8, das zweite am selben Tag um 13:24 Uhr nahe Elbistan, ebenfalls in der Provinz Kahramanmaraş, eine Stärke von 7,7. In den Wochen danach wurden 38 000 Nachbeben gemessen.

Die Beben betrafen eine Fläche von der Größe der Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen. Nach offiziellen Angaben wurden in der Türkei mindestens 50 783 Menschen tot geborgen und im Norden Syriens mindestens 8476. Die Zahl der Verletzten wird mit über 125 000 angegeben, Zahlen für Vermisste wurden nie genannt. Das Katastrophengebiet umfasst elf Provinzen, in denen 14 Millionen Menschen lebten.

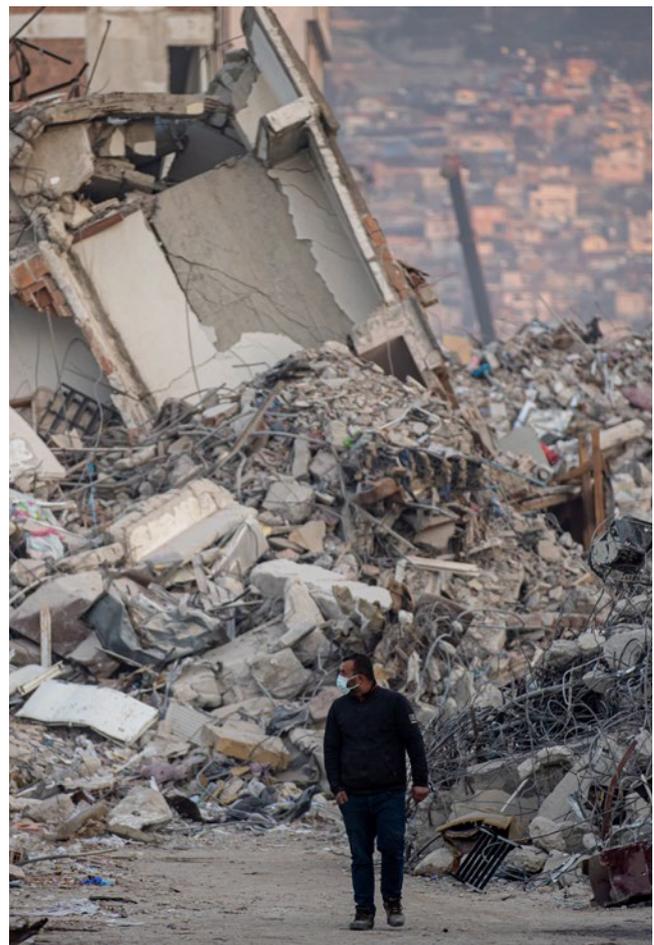
In Antakya, dem historischen Antiochia, wurde jedes zweite Haus unbewohnbar. Zwei vergleichbar starke Erdbeben hatten bereits in den Jahren 115 und 526 Antiochia, das in der Antike die drittgrößte Stadt um das Mittelmeer war, so stark zerstört, dass es seine alte Bedeutung nie mehr wiedererlangte.

In einer Geberkonferenz, die am 20. März 2023 in Brüssel stattfand, sagte die Staatengemeinschaft der Türkei sieben Milliarden Euro für humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau zu. Vor der Konferenz hatte das türkische Präsidialamt einen Bericht zu den materiellen Schäden vorgelegt. An der Bestandsaufnahme waren internationale Organisationen beteiligt. Die Schäden wurden auf 103,6 Milliarden US-Dollar beziffert, das sind neun Prozent des für das Jahr 2023 prognostizierten Bruttonationaleinkommens der Türkei. Der größte Anteil entfällt mit 56,9 Milliarden US-Dollar auf die 290 000 Wohnhäuser, die völlig eingestürzt sind oder abgerissen werden müssen, gefolgt von 12,9 Milliarden US-Dollar für zerstörte öffentliche Infrastruktur und Schäden an öffentlichen Gebäuden. Die Schäden privater Unternehmen werden auf 11,8 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Der Bericht empfiehlt Änderungen bei den Baunormen und der Genehmigungs politik. Sie sollen sicherstellen, dass die Gebäude erdbebensicher gebaut werden. Nach dem Erdbeben von 1999 östlich von Istanbul hatte die Türkei Bauvorschriften erlassen, die aber nur teilweise befolgt werden. So muss in erdbebengefährdeten Gebieten seither ein hochwertiger, durch Stahlträger stabilisierter Festbeton verwendet werden. Tragende Säulen und diagonale Balken sollen die Widerstandsfähigkeit erhöhen. Voraussetzung für eine Baugenehmigung sind Gutachten von Statikern und Erdbebenexperten. Der Abschluss einer Erdbebenversicherung wurde Pflicht, zur Finanzierung der Katastrophenhilfe wurde eine Erdbebensteuer eingeführt.

Um Kosten zu sparen und in der Erwartung von Bauamnestien wurden die Vorschriften jedoch umgangen. 2018 legalisierte eine Bauamnestie 300 000 in der Katastropheregion illegal errichtete Gebäude. Nur wenige schlossen eine Erdbebenversicherung ab, die Mittel der Erdbebensteuer wurden zweckentfremdet.

Der AKP-Regierung wurde nach den Erdbeben vom Februar 2023 vorgeworfen, sie habe die neuen Bauvorschriften nicht durchgesetzt und Warnungen von Forschenden ignoriert. Zudem sei sie nicht mit einer effektiven Organisation auf ein Erdbeben dieser Größenordnung vorbereitet gewesen. Hilfe kam zwar in großen Städten an. Betroffene in ländlichen Gebieten klagten jedoch, dass auch nach Wochen keine Hilfe angekommen sei. In den sozialen Medien wurde das staatliche Krisenmanagement kritisiert, was vom türkischen Staat teilweise mit Ermittlungen wegen Volksverhetzung quittiert wurde. Nach dem Beben wanderten mehr als drei Millionen Menschen in andere Teile der Türkei ab. Damit die Menschen wieder eine Perspektive finden und die Abgewanderten zurückkehren, müssten prioritär die Grundbedürfnisse befriedigt und würdige Unterkünfte bereitgestellt werden. Im Juni 2023 waren noch viele in Zelten untergebracht, Engpässe gab es bei der Bereitstellung von Trinkwasser und beim Zugang zu Toiletten. Ziel ist, möglichst viele vorübergehend in Containern unterzubringen. Denn die Planung neuer Städte und Stadtviertel sowie der Bau neuer Wohnhäuser werden noch viele Jahre andauern.



Das Erdbeben vom Februar 2023 trifft die Türkei stark, besonders die Provinz Hatay: die völlig zerstörte Provinzhauptstadt Antakya am 14. Februar 2023.

Erdoğan nutzte den gescheiterten Putschversuch für den größten Umbau der Republik seit ihrer Gründung. Die Verfassungsänderungen von 2010 hatten bereits die Unabhängigkeit der Justiz beschnitten. Die Verfassungsänderungen von 2017 schwächten nun das Parlament und stärkten den Präsidenten. Mit den Wahlen vom 24. Juni 2018 trat die Umwandlung in ein Präsidialsystem in Kraft. Erdoğan, 2018 zum zweiten Mal direkt vom Volk gewählt, erhielt 52,6 Prozent der Stimmen. Nun konnte er mit großen Befugnissen regieren. Bei der Parlamentswahl büßte die AKP jedoch 6,9 Prozentpunkte ein und kam nur noch auf 42,6 Prozent. Zusammen mit der rechtsextremen MHP konnte sie dennoch weiter regieren.

Der Niedergang setzte sich bei den Kommunalwahlen vom März 2019 fort, als die AKP die großen Städte Istanbul, Ankara und Antalya an die Opposition verlor. Um der Erosion Einhalt zu gebieten, setzte Erdoğan auf islamische Symbolik. Am 3. Mai 2019 wurde auf einem Hügel über dem Bosphorus die *Çamlıca*-Moschee eröffnet, die 60 000 Gläubigen Platz bietet. In der Hagia Sophia, die Atatürk in ein Museum umgewandelt hatte, wurde am 24. Juli 2020 in Anwesenheit Erdogans erstmals seit 1934 wieder ein muslimisches Freitagsgebet gesprochen. Dabei hielt der Chef der Religionsbehörde während der Predigt ein Schwert. Das weckte Assoziationen an das Osmanische Reich, in dem der oberste religiöse Würdenträger einem neuen Sultan das Schwert Osmans, des Gründers der Dynastie, überreicht hatte.

Die Wahlen vom Mai 2023

Die Parlaments- und Präsidentenwahlen fanden 2023 trotz der Erdbebenkatastrophe im Februar wie geplant am 14. Mai statt. Die Wahlbeteiligung war im Inland mit 89 Prozent abermals hoch. Bei der Stichwahl am 28. Mai wurde Erdoğan mit 52,16 Prozent zum dritten Mal zum Präsidenten gewählt. Sein Herausforderer Kılıçdaroğlu (CHP) erzielte 47,84 Prozent, ein deutlich besseres Ergebnis als Erdogans Herausforderer von 2014 und 2018. Kılıçdaroğlu hatte in mehreren Umfragen vor Erdoğan gelegen. Die vorübergehend ermittelte Wechselstimmung schlug sich jedoch nicht im Wunsch nieder, die Regierung zu wechseln.

Den Wahlkampf hatten drei Themen dominiert: die Erdbebenkatastrophe, die Wirtschaftskrise mit einer Inflation von zeitweise 85 Prozent sowie die aus Syrien und anderen Nachbarländern Geflüchteten. Eine knappe Mehrheit traut es offenbar Erdoğan mehr zu als Kılıçdaroğlu, der nie Regierungsverantwortung getragen hat, diese Herausforderungen zu meistern. In der aus sechs Parteien bestehenden Oppositionsallianz hatte es Zweifel gegeben, ob der Alevit Kılıçdaroğlu in der Lage sein würde, den erfolgreichen Wahlkämpfer Erdoğan zu schlagen. Die Kritiker einer Kandidatur Kılıçdaroğlus hatten den Istanbul Oberbürgermeister Ekrem İmamoğlu favorisiert. Denn der habe mit seinem Sieg bei den Lokalwahlen von 2019 gezeigt, dass er die potenziellen WechselwählerInnen mobilisieren könne, die eine Wahl entschieden.

Das neue Parlament ist das konservativste und nationalistischste in der Geschichte der Republik. Entgegen allen Umfragen hat die Parteienallianz der AKP mit 323 der 600 Abgeordneten ihre Mehrheit im Parlament behauptet. Die oppositionelle Sechserallianz stellt im neuen Parlament 212 Abgeordnete. Die zweite oppositionelle Allianz um die prokurdische HDP ist mit 65 Abgeordneten im Parlament vertreten.

Die WahlbeobachterInnen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) urteilten, die Wahlen

seien frei, aber unfair verlaufen. Die einseitige Berichterstattung der Medien habe Erdoğan einen „ungerechten Vorteil“ verschafft. Zudem kritisierten sie die Arbeit der türkischen Wahlbehörde als intransparent.

Erdoğan setzte im Wahlkampf den Staatsapparat und dessen Ressourcen ein, um wichtige WählerInnengruppen zu bedienen. Dank der Finanzhilfen aus den Golfmonarchien und der Stundung der Gasrechnungen durch Russland konnte er großzügig teure Wahlgeschenke verteilen, die die Folgen der Wirtschaftskrise abfederten. Die traditionellen Fernsehsender und Printmedien berichteten nahezu ausschließlich über Erdoğan. Der Zugang zu kritischen Artikeln in den sozialen Medien wurde weiter reduziert. Eine Veränderung in der Zusammensetzung der Wahlräte, die über Einsprüche entscheiden, schränkte die Möglichkeit ein, bei Manipulationsverdacht Stimmzettel neu auszählen zu lassen.

Die HDP wurde durch das gegen sie laufende Verbotverfahren behindert, die Haftstrafen für mehrere Tausend ihrer Mitglieder lähmten ihre Organisation. Zudem stigmatisierte Erdoğan die HDP, indem er ihr eine Nähe zur PKK unterstellte. Ebenso behauptete er, die CHP unterstütze aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit der HDP den Terror.

Erdoğan's Kalkül, die Wahlen durch Polarisierung zu gewinnen, ging auch 2023 auf. Mit einem Wahlkampf, der auf Nationalismus und Sicherheit setzte, mobilisierte er mehr WählerInnen als Kılıçdaroğlu, der für Gerechtigkeit und den Kampf gegen die Korruption geworben hatte. Erdoğan schuf so ein Klima, das dem radikalen türkischen Nationalismus weiteren Auftrieb verschaffte. Während die CHP das Image nicht abstreifen konnte, Partei der Besserverdienenden zu sein, gewann die AKP dank der unteren Einkommensschichten.

Erdoğan setzt in seinem neuen Kabinett, in das er nur eine Frau berufen hat, mehr als früher auf Technokraten und Pragmatiker. Der neue Finanzminister Mehmet Şimşek kündigte die Rückkehr zu einer „rationalen Finanzpolitik“ an. Der neue Außenminister Hakan Fidan hatte sich als Geheimdienstchef einen Namen als unideologischer Pragmatiker gemacht. Der bisherige Gouverneur von Istanbul, Ali Yerlikaya, ersetzt als Innenminister Süleyman Soylu, der sich Hoffnungen gemacht hatte, die Nachfolge Erdogans anzutreten. Ein enger Vertrauter Erdogans ist der bisherige Generalstabschef und neue Verteidigungsminister Yaşar Güler.



Erneut gewonnen: Vor dem Parlamentsgebäude in Ankara feiern Anhängerinnen und Anhänger den Sieg Erdogans im zweiten Wahlgang bei der Präsidentenwahl am 29. Mai 2023.

Rainer Hermann

Politik

Präsident Erdoğan verkörpert für viele Türkinnen und Türken Stabilität, andere im Inland und Ausland sehen die zunehmende Machtkonzentration und Menschenrechtsverletzungen durch den Staat kritisch.



Blick in die Große Nationalversammlung, das türkische Parlament, bei der Vereidigung der gewählten Abgeordneten am 2. Juni 2023: Durch ein Verfassungsreferendum von 2017 ist der Einfluss des Parlaments geschwunden.

Erdoğan und der Traum vom sozialen Aufstieg

Recep Tayyip Erdoğan hat die Türkei geprägt wie kein anderer Politiker seit Atatürk. Die Jahrzehnte vor seiner Herrschaft waren von kurzlebigen Koalitionsregierungen und Militärputschen gezeichnet. Viele TürkInnen verknüpfen mit Erdoğan daher eine lange Phase der politischen Stabilität, die ihnen Wohlstand beschert hat. Für viele TürkInnen verkörpert Erdoğan zudem den Traum vom sozialen Aufstieg. Als erster führender Politiker der Türkei stammt er aus einfachen Verhältnissen. Seine Eltern waren mittellos aus der Schwarzmeerküste Rize nach Istanbul gezogen, wo Erdoğan 1954 in einem rauen Hafenviertel geboren wurde und aufwuchs. Er besuchte wie andere Kinder aus frommen Familien eine religiöse Imam-Hatip-Schule.

Den kämpferischen Straßenreflex aus seiner Kindheit und Jugend hat er nie ganz abgelegt. Seine AnhängerInnen bewundern an ihm, dass er keine Auseinandersetzung scheut – und dabei stets zu gewinnen scheint. Er blüht auf, wenn er in eine Ecke gedrängt wird, er polarisiert und weiß zu mobilisieren. Als charismatischer Volkstribun, der die Sprache der Menschen

spricht, mit denen er sich einig weiß, erreicht er die Menschen besser als jeder andere Politiker in der Türkei. Zum Geheimnis seines anhaltenden Erfolgs zählt auch, dass er mit einem politischen Überlebensinstinkt selbst in bedrohlichen Situationen Wendungen findet, seine Macht zu stabilisieren – was sich wieder bei den Wahlen im Mai 2023 gezeigt hat.

Seine WählerInnen halten zu ihm, vor allem jene, die aus Anatolien in die großen Städte gezogen oder in der ländlichen Türkei zu Hause sind, da er ihnen eine Stimme gibt. Sie verehren ihn, weil die Türkei unter seiner Herrschaft zur Industrienation wurde und Anatolien nicht länger mit Armut identifiziert wird.

Ein Jahrzehnt lang stand Erdoğan für Wandel, und er gewann WählerInnen, die nicht zu seiner KernwählerInnenschaft gehörten. Er stieg in den Kreis der Großen der Welt auf und verschaffte der Türkei eine Bedeutung, die sie zuvor nicht hatte. Zurückweisungen, wie er sie aus Europa erfahren hat, kränken ihn. Immer mehr trieb ihn die Überzeugung an, dass er wie Sultan Mehmet Fatih, der Eroberer Istanbuls, und Atatürk eine historische Mission zu erfüllen habe. Davon legt der prunkvolle Präsidentenpalast Zeugnis ab, den er in Ankara mit vielen historischen Bezügen bauen ließ.

Die Annehmlichkeiten der Macht, die großen materiellen Ressourcen, die ihm zur Verfügung stehen, und das Fehlen wirksamer Kontrollinstanzen haben ihn über die Jahre verändert. Seiner zunehmend autoritären Politik verschafft er Akzeptanz, indem er sie mit islamischen Symbolen verknüpft und mit einem Gewand türkisch-islamischer Traditionen versieht. Sein identitärer Populismus stellt konservative sunnitische Muslime und Muslimas über andere Menschen und gesellschaftliche Gruppen. Das ist kein Alleinstellungsmerkmal. Wie Erdoğan gehen auch andere Populisten vor, etwa der hindu-nationalistische Premierminister Indiens Narendra Modi. Je länger Erdoğan regiert, desto öfter spricht er von seiner „Neuen Türkei“. Er beansprucht, den „Willen der Nation“ zu verkörpern. Wer ihn kritisiert, so die Botschaft, sei weder ein guter Muslim noch eine gute Türkin, sondern ein Feind der Nation und damit zu demokratischer Teilhabe nicht berechtigt. Die breiten Massen hat er damit nicht verloren.

Umstritten ist, ob Erdoğan, der in einer islamistischen Partei groß geworden war, mit einer versteckten Agenda, *hidden agenda*, angetreten ist und erst allmählich sein wahres Gesicht zeigte. Dagegen spricht, dass er in seinen ersten Regierungsjahren teilweise schwierige Reformen durchgesetzt und viel dafür getan hat, damit die EU mit der Türkei Beitrittsverhandlungen aufnimmt. Ein Wendepunkt war 2004 die Aufnahme der Republik Zypern in die EU. Erdoğan unterstützte, in Abkehr von der bisherigen türkischen Politik, den UN-Friedensplan für Zypern, der eine Vereinigung der beiden Inselteile vorsah, und verband damit die Hoffnung auf eine EU-Mitgliedschaft des geeinten Zyperns. Als die EU die Republik Zypern als Mitglied aufnahm, obwohl diese den UN-Friedensplan abgelehnt hatte, und die international nicht anerkannte „Türkische Republik Nordzypern“ isoliert blieb, fühlte er sich verraten. Eine weitere Enttäuschung war die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte 2005, dass das damalige Kopftuchverbot an türkischen Universitäten nicht das Recht auf freie Religionsausübung und das Recht auf Bildung verletzte.

Das Präsidialsystem

Erdoğan hat seit seiner ersten Wahl zum Präsidenten im Jahr 2014 darauf gedrängt, die parlamentarische Demokratie durch ein System mit starken exekutiven Vollmachten des Präsidenten zu ersetzen. Möglich wurde der Umbau durch das Verfassungsreferendum vom 16. April 2017, das in einem Klima der Einschüchterung stattfand und von Manipulationsvorwürfen überschattet war. Der Hohe Wahlausschuss, die höchste Wahlbehörde der Türkei, hatte während der Auszählung entschieden, dass auch nicht abgestempelte Wahlzettel gültig sind. Für das Präsidialsystem sprach sich eine – für die Tragweite dieses Schritts lediglich knappe – Mehrheit von 51,4 Prozent aus.

Der zentrale Satz der neuen Verfassung steht in Artikel 104: „Die Exekutivgewalt obliegt dem Präsidenten der Republik.“ Aufgelöst wird das Amt des Ministerpräsidenten, abgewertet der Status des Ministerrats. Der Präsident ernennt und entlässt die Minister, ohne dass dies der Zustimmung der Großen Nationalversammlung bedarf. Die Minister werden politische Beamte, die direkt dem Präsidenten unterstehen. Das Parlament kann einem Minister nicht mehr das Misstrauen aussprechen, es kann die Regierung nicht entlassen, ein Minister muss den Volksvertretern nicht mehr Rede und Antwort stehen.

Die Befugnisse des Präsidenten werden zu Lasten anderer Institutionen ausgebaut. So erlässt der Präsident Verordnungen mit Gesetzeskraft. Nur noch eine der beiden größten Fraktionen

im Parlament kann gegen sie Klage beim Verfassungsgericht einreichen. Erweitert wird sein Vetorecht gegenüber Gesetzen, die das Parlament verabschiedet. Nun ruft der Präsident den Notstand aus, nicht mehr der Ministerrat. Gestrichen wurde der Satz, dass der Präsident keiner politischen Partei angehören darf. So konnte Erdoğan im Juni 2018, als die Änderungen der Verfassung mit der Präsidentenwahl in Kraft traten, wieder den AKP-Vorsitz und die Kontrolle über die größte Parlamentsfraktion übernehmen.

Mit seinen Befugnissen und seinem Einfluss im Parlament entscheidet der Präsident über die Zusammensetzung der höchsten Institutionen der Justiz. Er ernennt 12 der 15 Mitglieder des Verfassungsgerichts; das Parlament ernennt die restlichen drei, wozu eine einfache Mehrheit genügt. Der Kontrolle durch die Exekutive wird auch der Rat der RichterInnen und StaatsanwältInnen unterstellt. Dieser Rat ernennt die RichterInnen und StaatsanwältInnen der Gerichte der ersten und zweiten Instanz. Der Präsident ernennt vier der 13 Mitglieder direkt; ihm gehören zudem der Justizminister und dessen Staatssekretär an; das Parlament wählt die restlichen sieben Mitglieder, wozu ebenfalls eine einfache Mehrheit reicht.

In der politischen Theorie begrenzt die Gewaltenteilung durch die Verteilung der Staatsgewalt die Macht und sichert so die Freiheiten. Im türkischen Präsidialsystem kontrollieren sich die drei Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative jedoch nicht mehr gegenseitig, es findet keine Machtbegrenzung mehr statt. Mit der Abwertung der Minister geht der Bedeutungsverlust der Ministerien einher, die auf die Bedeutung einer ausführenden Behörde reduziert werden. Es sind die Berater des Präsidenten, die die Politik gestalten. Sie stehen Räten (*kurul*) vor, etwa dem Rat für Wirtschaftspolitik oder dem Rat für Außen- und Sicherheitspolitik.

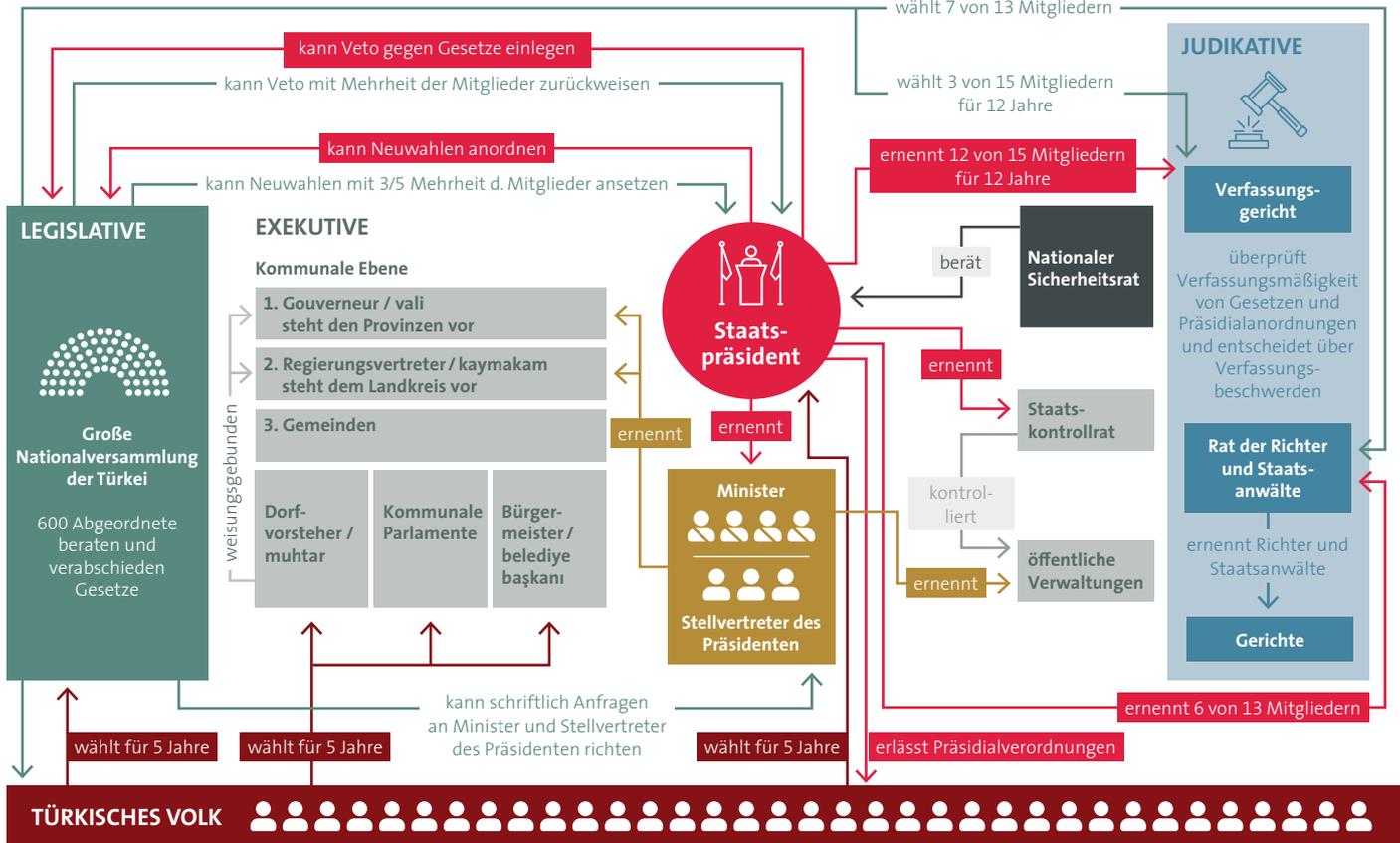
Um Querschnittsthemen wie Technologie und Investitionen kümmern sich vier Büros (*ofis*), die mit Fachleuten besetzt sind. Den Kranz der Institutionen um den Präsidenten erweitern Institutionen, die ihm direkt unterstehen und weite Teile des Staates und der Gesellschaft kontrollieren. Dazu gehören die Religionsbehörde (*Diyanet*), der Türkische Staatsfonds (*TVF*), der Nationale Sicherheitsrat, die Rüstungsindustrie sowie der Staatliche Kontrollrat (*DDK*), der Ermittlungen in der Bürokratie und im Militär einleitet, ferner der Geheimdienst (*MİT*), dessen Kompetenzen ausgeweitet wurden und dessen Chef der Präsident beruft. Zudem ernennt und entlässt allein der Präsident die obersten Beamten.

Die neue Verfassung schwächt die Legislative und die Judikative. Umstrittene Praktiken höhlen deren Handlungsspielraum weiter aus. Wichtige Posten im Staatshaushalt sind intransparent, etwa die großen Bauvorhaben, deren Kosten nicht mehr einzeln aufgelistet werden, und nachgeordnete Gerichte ignorieren folgenlos Urteile des Verfassungsgerichts. Verschlechtert hat sich die Qualität des Staatsdiensts. Nach dem Putschversuch von 2016 wurden 130 000 Personen entlassen. Neueinstellungen erfolgten nicht nach Eignung und Qualifikation, Kriterium war die Zugehörigkeit zu einem konservativen religiösen Orden oder zu einer Partei. Die Säuberungen waren für die MHP ein wichtiger Anreiz, eine Allianz mit Erdoğan und der AKP einzugehen. Ihre Kader konnten nun die freien Posten in der Polizei, der Justiz und im Geheimdienst besetzen. In der Justiz wurden 4200 der 8000 Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte entlassen; ihre Stellen übernahmen oft BerufsanfängerInnen.

Mit den Verfassungsänderungen und der Rekrutierung von loyalen Personal entstand ein auf Erdoğan zugeschnittener

Das politische System der Türkei Verfassungsorgane, Aufgaben, Organisation

Türkische Verfassung



© Bundeszentrale für politische Bildung, 2017 | www.bpb.de | Redaktion: Gereon Schloßmacher | Grafik: Peter Neuhaus | Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Staat. Die Konstruktion sollte verhindern, dass die Herrschaft der AKP – die für sich beansprucht, die durch den Islam definierte türkische Nation und deren Werte zu verkörpern – nicht abermals durch die „Vormundschaft“ feindlich gesinnter elitärer Institutionen wie das Militär, die Justiz und die Bürokratie gefährdet würde. Für Erdoğan, der sich mit dem Volkswillen identifiziert, bedeutet Demokratisierung, die Herrschaft der frommen islamischen Nation gegen alle Widerstände zu sichern.

Die Parteien

In ihrem ersten Jahrzehnt war die *Adalet ve Kalkınma Partisi* (AKP, Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) eine Reformpartei, im zweiten wurde sie ein Instrument, um Erdoğan's Macht zu sichern. Er allein entschied nun über ihren Kurs. Auch wenn die AKP seit 2015 kontinuierlich Stimmen verloren hat und 2023 nur noch 35,6 Prozent erreichte, ist sie weiter eine Volkspartei mit einer KernwählerInnenschaft von einem Drittel der WählerInnen. Kaum mehr sichtbar sind der liberale und der konservative Flügel. Liberale Politiker wie der langjährige Wirtschaftsminister Ali Babacan, der frühere Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu und Abdullah Gül, Präsident von 2007 bis 2014, wurden aus der Partei gedrängt. Das gilt auch für kurdische Politiker wie Orhan Miroğlu und Mehmet Metiner.

Nutznießler ist die rechtsextreme *Milliyetçi Hareket Partisi* (MHP, Nationalistische Bewegungspartei). Ihre WählerInnen sehen die Türkei bedroht, von außen durch feindliche Mächte und von innen durch die kurdische Frage. Als Erdoğan 2014 auf eine politische Lösung des kurdischen Konflikts drängte, verlor

die AKP bei der Wahl vom Juni 2015 ein Fünftel der Stimmen, überwiegend an die MHP. Erdoğan beendete daraufhin den Dialog mit den KurdInnen, sodass die AKP bei der Neuwahl im November 2015 die verlorenen Stimmen zurückgewann.

Die MHP und ihr Vorsitzender Devlet Bahçeli hatten zunächst das von Erdoğan angestrebte Präsidialsystem abgelehnt. Das änderte sich 2016, als nach dem Putschversuch eine Säuberungswelle einsetzte und die MHP davon profitierte. Seit 2018 bilden AKP und MHP das Wahlbündnis *Cumhur İttifakı* (Volksallianz), das der AKP seit der Wahl von 2018 im Parlament eine Mehrheit sichert. An der Regierung ist die MHP nicht beteiligt, der Politik Erdoğan's drückt sie aber ihren Stempel auf. Über die AKP-Liste wurden bei der Wahl von 2023 erstmals vier Abgeordnete von *Huda Par* (Die Partei der freien Sache), eine Abspaltung von der kurdischen Hizbullah, ins Parlament gewählt; sie fordert das Ende der koedukativen Bildung von Mädchen und Jungen sowie die Beendigung von Rentenzahlungen an geschiedene Frauen.

Ebenfalls 2018 schlossen sich Oppositionsparteien zum Bündnis *Millet İttifakı* (Allianz der Nation) zusammen. Ihr gehören die *Cumhuriyet Halk Partisi* (CHP, Republikanische Volkspartei), die *İyi Parti* (Gute Partei) sowie zwei kleine Parteien an: die islamistische *Saadet Partisi* (SP, Partei der Glückseligkeit) und die liberale *Demokrat Parti* (DP, Demokratische Partei). Gemeinsamer Nenner ist die Ablehnung des Präsidialsystems. Aus diesem Grund hatte Meral Akşener die MHP verlassen und mit anderen MHP-Dissidenten am 25. Oktober 2017 die *İyi Parti* gegründet. Später traten zwei ehemalige AKP-Politiker dem Wahlbündnis bei. Im Dezember 2019 gründete Ahmet Davutoğlu die *Gelecek Partisi* (Partei der Zukunft), im März 2020 folgte Ali Babacan mit der *Demokrasi ve Atılım Partisi* (Deva, Partei für



Die Oppositionsparteien haben im Präsidentsystem nur wenig Einfluss. Im November 2022 treffen sich die Vorsitzenden von sechs oppositionellen Parteien, um eine Verfassungsänderung anzustreben.

Demokratie und Fortschritt). Diese sechs Parteien trafen sich seit Februar 2022 mit dem Ziel, die AKP-Regierung abzulösen.

Das dritte Bündnis *Emek ve Özgürlük İttifakı* (Allianz für Arbeit und Freiheit) bilden seit August 2022 die prokurdische *Halkların Demokratik Partisi* (HDP, Demokratische Partei der Völker), die *Türkiye İşçi Partisi* (TİP, Türkische Arbeiterpartei) und andere Kleinstparteien, unter ihnen die 2012 gegründete *Yeşil Sol Parti* (YSP, Grüne Linkspartei). Das Bündnis hat ein WählerInnenpotenzial von gut zehn Prozent. Um einem Parteiverbot zuvorzukommen, trat die HDP bei den Wahlen vom 14. Mai 2023 unter dem Dach der Grünen Linkspartei an. Die HDP ist die achte prokurdische Partei, gegen die seit 1993 ein Verbotverfahren eingeleitet wurde.

Die Lage der Menschenrechte

In ihrem jüngsten Jahresbericht zur Türkei vom 12. Oktober 2022 hat die EU-Kommission eine fortgesetzte Verschlechterung der Menschen- und Grundrechte festgestellt. Anlass zu ernster Sorge, so heißt es, sei die Weigerung der Türkei, die sich als Mitglied des Europarats zu Rechtsstaatlichkeit und zur Achtung der Grundrechte verpflichtet habe, Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zu befolgen.

Am 22. Dezember 2020 forderte der EGMR die umgehende Freilassung von Selahattin Demirtaş, da er aus politischen Gründen inhaftiert sei. Der frühere Ko-Vorsitzende der HDP war am 4. November 2016 festgenommen worden. Er ist mit mehr als hundert anderen HDP-Mitgliedern angeklagt, vom 6. bis 8. Oktober 2014 zu gewaltsamen Protesten aufgerufen zu haben, bei denen 37 Menschen starben. Die Demonstrierenden hatten die Türkei aufgefordert, zugunsten der von KurdInnen bewohnten und vom Islamischen Staat bedrohten syrischen Grenzstadt Kobane einzugreifen. Ihnen wird vorgeworfen, die Integrität des Staates untergraben zu haben.

Ein Jahr zuvor, am 10. Dezember 2019, hatte der EGMR die Türkei aufgefordert, den Kulturmäzen Osman Kavala wegen fehlender Beweise freizulassen. Kavala war am 1. November 2017 festgenommen worden. Zwar wurde die erste Anklage, er habe die Gezi-Protteste finanziert, fallengelassen. Noch am selben Tag wurde er aber angeklagt, 2016 am „Versuch des gewaltsamen Umsturzes der verfassungsmäßigen Ordnung“ beteiligt gewesen zu sein. Kavala wurde am 27. April 2022 zu lebenslanger Haft unter erschwerten Bedingungen verurteilt. *Amnesty International* bezeichnete den Prozess als „politisch motivierte Farce“.

Ein weiteres prominentes Opfer der Justiz ist Ekrem İmamoğlu, der 2019 zum Oberbürgermeister Istanbuls gewählt wor-

den war. Am 16. Dezember 2022 wurde er wegen „Beleidigung der Wahlkommission“ zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und sieben Monaten verurteilt und mit einem Politikverbot belegt. *Human Rights Watch* wertete das Urteil als „politisch motiviert“.

„Entsetzt“ äußerte sich das Europäische Parlament über den groben Missbrauch des Artikels 299 des Strafgesetzbuches über die Beleidigung des Präsidenten, was mit Haft bis zu vier Jahren bestraft werden kann. Seit Erdoğan's Amtsantritt als Präsident 2014 wurden mehr als 160 000 Ermittlungen wegen dieses Straftatbestands eingeleitet. Gefällt wurden mehr als 12 800 Urteile.

Die Europäische Kommission stellte in ihrem Bericht vom Oktober 2022 gravierende Rückschritte beim Recht auf freie Meinungsäußerung fest. Gegen friedliche Demonstrierende werde unverhältnismäßige Gewalt angewandt. Die Umsetzung von Strafgesetzen zur nationalen Sicherheit und zur Terrorismusbekämpfung verstoße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und gegen internationale Standards. Anlass zu „ernster Sorge“ gäben geschlechtsspezifische Gewalt, Diskriminierung und Hassreden gegen Minderheiten, etwa lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, intersexuelle und queere Personen.

Als „besonders besorgniserregend“ bezeichnet die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* ein Gesetz vom Oktober 2022, das die Kontrolle über Online-Nachrichtenseiten und soziale Medienunternehmen verschärft. Es führt den vagen und weit gefassten Straftatbestand der „Verbreitung falscher Informationen“ ein. Auf Aufforderung der Regierung haben Medienunternehmen Inhalte zu entfernen. Zudem erlaubt es, das Internet zu drosseln. Mehr als 100 000 Webseiten sind blockiert, vorübergehend traf es Wikipedia, Twitter und Youtube.

Human Rights Watch kritisiert die „zu langen und willkürlichen Haftstrafen“, zu denen Personen wegen ihrer angeblichen Verbindung zur Bewegung des Predigers Fethullah Gülen in „unfairen Verfahren“ verurteilt worden seien. Innenminister Soylu sagte am 5. Juli 2022, von den festgenommenen 334 378 Mitgliedern oder Sympathisierenden der Gülen-Bewegung befänden sich noch 19 252 Personen in Haft.

Die Einschränkungen der Freiheit schlagen sich in internationalen Bewertungen nieder. So führt die Nichtregierungsorganisation *Freedom House* die Türkei auch 2023 als „unfreies“ Land. Im Index der Pressefreiheit der Reporter ohne Grenzen für 2023 rangiert die Türkei unter 180 Ländern auf Rang 165, nach Russland und vor Ägypten. Im Index des *World Justice Project*, der den Grad der Rechtsstaatlichkeit misst, liegt die Türkei bei 140 Staaten auf Rang 112. Im Korruptionsindex von *Transparency International* nimmt die Türkei im Jahr 2022 von 180 Ländern Rang 101 ein.



2020 fordert der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die sofortige Freilassung des kurdischen Politikers Selahattin Demirtaş, der seit 2016 inhaftiert ist. Demonstration zu seiner Unterstützung im Mai 2023 in Diyarbakir

Rainer Hermann

Außen- und Sicherheitspolitik

Auf internationaler Ebene funktioniert die Türkei als regionale Ordnungsmacht, aber auch als Vermittlerin zwischen Ost und West. Daraus entstehen nicht selten Interessenskonflikte.



Seit 1952 ist die Türkei NATO-Mitglied. Das Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten ist auch von Spannungen geprägt. NATO-Gipfel in Vilnius, Litauen, im Juli 2023

Regionalmacht Türkei

In ihren ersten Jahrzehnten hatte die Republik Türkei nach innen geblickt. Um sich gegen die Gebietsansprüche der Sowjetunion zu schützen, trat sie 1952 der NATO bei. Zuvor hatte das Osmanische Reich in vier Jahrhunderten nur einen von mehr als zwölf Kriegen gegen Russland gewonnen. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs vergrößerte sich 1990 zunächst das Hinterland, von 2003 an richtete die AKP die Außenpolitik der Türkei neu aus. Ahmet Davutoğlu, der Architekt der neuen Außenpolitik, forderte, dass die Türkei als Nachfolgestaat des Osmanischen Reichs eine historische Verantwortung für die Region übernehmen solle. Die Türkei sei keine Brücke zwischen Ost und West. Vielmehr solle sie eine Regionalmacht mit eigenen Interessen sein. Als regionale Ordnungsmacht solle sie die Destabilisierung, die der Westen mit seinen Interventionen ausgelöst habe, wieder unter Kontrolle bringen.

In vielen arabischen Ländern stieg die Wertschätzung für die Türkei. Preiswerte türkische Waren in guter Qualität trugen dazu ebenso bei wie türkische *soap operas*, in denen Frauen häufig selbstbestimmt auftreten. Die wohlhabende und demokratische Türkei war ein Modell für Reformbewegungen in der islamischen Welt. Dies hob auch US-Präsident Barack Obama im April 2009 in seiner Rede vor dem türkischen Parlament hervor.

Die *soft power* stieß an ihre Grenzen, als in der arabischen Welt 2011 Massenproteste ausbrachen. Vergeblich versuchte die Türkei, den syrischen Machthaber Baschar al-Assad zum Einlenken gegenüber den Demonstrierenden zu bewegen. Erdoğan ergriff Partei für die sunnitisch-muslimische Opposition und rief zu Assads Sturz auf. Als die Unterstützung der USA für die

Opposition ausblieb, öffnete Erdoğan militanten Islamisten die Türkei als Transitland nach Syrien. Der türkische Staat unterschätzte allerdings die Gefahr und verlor die Kontrolle über die Dschihadisten. Nicht wenige schlossen sich der Terrororganisation Islamischer Staat und anderen dschihadistischen Gruppen an.

Ankaras Kalkül ging auch in anderen arabischen Staaten nicht auf. Zunächst war Erdoğan als moralischer Mahner der Muslime und Muslimas aufgetreten sowie als Fürsprecher der PalästinenserInnen und der Rohingya in Myanmar. Ab 2011 übernahm er auch eine politische Führung: Ein Netzwerk gleichgesinnter Parteien unter Führung der AKP sollte entstehen. Die Parteien der Muslimbruderschaft sollten nach dem Vorbild der AKP mit einer gemäßigten Politik Wahlen gewinnen.

Ein Rückschlag war der Militärputsch in Ägypten, bei dem am 3. Juli 2013 der Muslimbruder Muhammad Mursi, der erst ein Jahr als Staatspräsident im Amt war, gestürzt wurde. Unterstützt wurden die Putschisten um General Abd al-Fattah al-Sisi von den Herrscherhäusern in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien, die die Muslimbruderschaft als politische Konkurrenz fürchteten und die die regionalen Ambitionen der Türkei bekämpften. Zu dieser Achse gegen die Türkei gehörte wegen der Sympathien Ankaras für die Hamas auch Israel.

Jenseits der Grenzen von 1923

Auch die Beziehungen zu Russland verschlechterten sich. Im November 2015 schoss die türkische Luftabwehr ein russisches Flugzeug ab, das aus Syrien kommend in den türkischen Luftraum eingedrungen war. Russland verhängte Sanktionen gegen die Türkei. Da Ankara fürchtete, dass Russland, wie zuvor die Sowjetunion, die PKK unterstützen könnte, entschuldigte sich Erdoğan im Juni 2016 bei Putin. Die Beziehungen verbesserten sich weiter, als Putin als erster ausländischer Politiker Erdoğan zur Niederschlagung des Putschversuchs gratulierte.

Die Türkei bestellte das russische Luftabwehrsystem S-400, wiederaufgenommen wurde der Bau der Pipeline TurkStream, durch die seit Januar 2020 russisches Gas in die Türkei fließt, und Russland gab grünes Licht für militärische Operationen der Türkei im Norden Syriens, sodass die türkischen Streitkräfte am 24. August 2016 dort die erste von vier Operationen begannen. Als Gegenleistung musste die Türkei zusehen, wie das Assad-Regime die Rebellenhochburg Aleppo eroberte, was den syrischen Bürgerkrieg zugunsten Assads entschied.

Damit fand sich die Türkei ab. Denn sie wollte verhindern, dass sich im Norden Syriens auf Dauer eine kurdische Selbstverwaltung durch die PYD, einer Schwesterorganisation der PKK, und deren militärischem Flügel YPG etabliert. Während die Türkei die YPG bekämpft, kooperieren die USA, aktuell auch aus Misstrauen gegenüber Ankara, im Kampf gegen den Islamischen Staat mit der Kurdenmiliz YPG, die sie als verlässlichen Partner einstufen.

Türkische Soldaten stehen auf einer Länge von mehr als 500 Kilometern in Syrien und kontrollieren fünf Prozent des Landes. Zudem hat die Türkei seit 2014 ihre militärische Präsenz im Irak ausgebaut. Neben dem großen Stützpunkt Baschiqa unterhalten die türkischen Streitkräfte dreißig kleinere Basen. Die Türkei begründet ihre Präsenz im Irak mit dem doppelten Kampf gegen die PKK, die in den Kandil-Bergen ihr Hauptquartier unterhält, und gegen den Islamischen Staat.

Die Türkei greift damit über die Grenzen des Vertrags von Lausanne hinaus. Erdoğan stellte diese Grenzen erstmals nach dem Putschversuch vom Juli 2016 infrage und behauptete, der Vertrag habe der Türkei Rechte vorenthalten. Im Oktober 2019 sagte er, die türkische Nation habe nie die Schande akzeptiert, dass ihr nach dem Ersten Weltkrieg in der internationalen Ordnung kein Platz zugewiesen worden sei. In der Türkei wurde die Unabhängigkeitsbewegung von 1919 wieder Thema. Diese hatte damals vergeblich Teile Nordsyriens und des Nordiraks sowie dem Festland vorgelagerte Inseln – die 1923 Italien zugeschlagen wurden, seit 1948 aber zu Griechenland gehören – gefordert. Neben ihrer Präsenz in Syrien und im Irak erhebt die Türkei daher auch maritime Ansprüche im Mittelmeer.

Der Auslöser dafür war, dass nach 2010 Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer entdeckt worden sind, auf die die Türkei kaum Zugriff hat. Denn das Völkerrecht legt als Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) eines Landes 200 Seemeilen fest, gemessen ab der Küste. Das beanspruchen auch die dem türkischen Festland vorgelagerten kleinen griechischen Inseln. Zudem liegen bedeutende Gasvorkommen in der AWZ der Republik Zypern, die Ankara nicht anerkennt, sowie in den AWZ von Israel, Ägypten und Griechenland, zu denen damals die Beziehungen angespannt waren. Der Konflikt spitzte sich zu, als Erdoğan Griechenland mit militärischer Gewalt drohte. Die Türkei ließ von 2020 bis 2022 Explorationsschiffe in diese Gebiete auslaufen, die teilweise von Kriegsschiffen begleitet waren. Nach den Erdbeben vom Februar 2023 und der griechischen Hilfe ebneten die bilateralen Spannungen ab.

Um die Balance im östlichen Mittelmeer zu ihren Gunsten zu verändern, schloss die Türkei im Dezember 2019 mit der Regierung in Tripolis, einer der beiden konkurrierenden Machtzentren in Libyen, ein maritimes Abkommen. Es legt zwischen beiden Ländern eine Seegrenze fest, die die Rechte von Griechenland und Zypern verletzt. Mit einem weiteren, militärischen Abkommen ermöglichte die Türkei der bedrängten Regierung von Tripolis, sich gegenüber dem Rebellengeneral Khalifa Haftar zu behaupten. Dazu errichtete die Türkei in Libyen – nach Nordzypern, Syrien, Irak, Katar und Somalia – weitere militärische Stützpunkte außerhalb ihrer Grenzen.

Das Dreieck Türkei, Golfstaaten und Israel

Mit dem Beginn des Arabischen Frühlings brachen 2011 die guten Beziehungen der Türkei zu den großen Staaten der arabischen Welt ab. Die Türkei förderte die islamistische Muslimbruderschaft in der Erwartung, dass sie der Gewinner der (nicht

eingetretenen) Veränderungen sein würde. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate stuften die Bruderschaft indes als terroristische Vereinigung ein. Am 3. Juli 2013 stürzte in Ägypten das Militär den ersten frei gewählten Präsidenten Muhammad Mursi, einen führenden Repräsentanten der Muslimbruderschaft. Die Türkei beschuldigte die Vereinigten Arabischen Emirate, den gescheiterten Putschversuch (siehe S. 10) vom Juli 2016 finanziert zu haben. Die Beziehungen zu Saudi-Arabien erreichten einen Tiefpunkt, als am 2. Oktober 2018 in Istanbul der saudische Publizist Jamal Khashoggi im Generalkonsulat des Königreichs ermordet wurde.

Nach dem Ende des vier Jahre andauernden saudisch-emiratischen Boykotts gegen Katar, den wichtigsten Verbündeten Ankaras im Nahen Osten, setzte im Januar 2021 eine Entspannung ein. Mit der Wiederannäherung an die Golfstaaten wollte die Türkei ihre außenpolitische Isolation durchbrechen und Kapital aus den Golfstaaten anziehen. Als Vorleistung überwies die türkische Justiz den Fall Khashoggi im April 2022 an die saudische Justiz; ihre Ermittlungen gegen den saudischen Kronprinzen Muhammad Bin Salman und den Prozess gegen 26 saudische Staatsbürger stellte sie ein. Der Kronprinz überwies fünf Milliarden US-Dollar an die türkische Zentralbank. Am 2. Juni 2023 besprach der Ölkonzern Saudi Aramco mit 80 türkischen Bauunternehmen Projekte im Wert von 50 Milliarden US-Dollar.



Nach Jahren krisenhafter Beziehungen nähern sich Saudi-Arabien und die Türkei wieder an. Der saudische Kronprinz Muhammad Bin Salman (li.) begrüßt Staatspräsident Erdoğan am 17. Juli 2023 in Dschidda.

Die Vereinigten Arabischen Emirate stellten nach dem Ende der Katar-Boykotte einen Investmentfonds von 10 Milliarden US-Dollar für die Türkei bereit und sagten zusätzlich fünf Milliarden US-Dollar zu, um bei Bedarf der türkischen Zentralbank zur Stützung der Währung kurzfristig Devisen bereitzustellen. Am 31. Mai 2023, drei Tage nach Erdoğan's Wiederwahl, ratifizierten die Emirate ein Abkommen, in dem sich beide Staaten verpflichten, den bilateralen Handel mit Nicht-Ölgütern auf 40 Milliarden US-Dollar zu verdoppeln. Am 10. Juni 2023 war Emir Muhammad Bin Zayed Al Nahyan der erste ausländische Gast, den Erdoğan nach seiner Wiederwahl bilateral empfing.

Mit den Hilfen Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate sowie den Kapitalzuflüssen aus Russland konnte die Türkei ihre Währung stützen und konnte Erdoğan seine Wahlgeschenke – Lohn- und Rentenerhöhungen, Frühverrentungen und billige Kredite – finanzieren. Zu Beginn seiner

dritten Amtszeit setzt er auf die Golfmonarchien, um die türkische Wirtschaft wieder anzukurbeln und die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen zu verringern.

Als schwieriger erweist sich die Normalisierung mit Ägypten. Noch 2018 hatte Erdoğan gesagt, nie werde er sich mit dem ägyptischen Präsidenten al-Sisi treffen. Beim Eröffnungsspiel der Fußball-WM am 20. November 2022 in Katar sprachen beide erstmals 45 Minuten unter vier Augen. Den in Istanbul operierenden Fernsehsendern der Exil-Muslimbruderschaft hat die Türkei verboten, die ägyptische Regierung zu kritisieren. Zehn Jahre nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen besuchte im März 2023 erstmals wieder ein türkischer Außenminister Kairo.

Ägypten sieht die dauerhafte Präsenz der Türkei in Libyen als Gefahr für seine nationale Sicherheit und bremst daher. Einer Normalisierung steht auch die militärische Zusammenarbeit der Türkei mit der äthiopischen Regierung entgegen, während Ägypten aus Furcht vor den Folgen des äthiopischen Nilstaudamms, durch den Kairo die Wasserversorgung Ägyptens gefährdet sieht, die Rebellen in Äthiopien unterstützt. Zudem kritisiert Ägypten stärker als andere arabische Staaten die Einmischung der Türkei in Syrien und im Irak.

Die Eiszeit mit Israel endete 2021, als Erdoğan dem neu gewählten Präsidenten Jitzchak Herzog telefonisch zu dessen Wahl gratulierte. Die beiden Staaten nahmen wieder volle diplomatische Beziehungen auf, Erdoğan reagiert nun zurückhaltend auf Konflikte zwischen Israel und den PalästinenserInnen, und die Türkei schränkte den Aktionsradius der Hamas auf türkischem Boden ein. Beide Staaten arbeiten wieder eng in den Bereichen Wirtschaft, Technologie und Tourismus sowie bei den Geheimdiensten zusammen. Somit kooperieren die drei wichtigen regionalen Akteure Israel, Türkei und die Golfstaaten, die sich vor wenigen Jahren noch feindlich gegenüberstanden, nun erstmals konstruktiv. Ihre Zusammenarbeit ist auch eine Folge des schrittweisen Rückzugs der USA aus dem Nahen Osten, der sie zwingt, selbst eine Ordnung aufrechtzuerhalten.

Die Beziehungen mit Russland

Die Türkei und Russland stehen sich in Libyen, Syrien und im Kaukasus militärisch gegenüber. In Libyen unterhält Russland wie die Türkei militärische Stützpunkte; Russland unterstützt wie auch Ägypten die Gegenregierung in Tobruk. Einen Hebel gegen die Türkei hält Russland mit der syrischen Rebellenprovinz Idlib in der Hand. Dort leben an der Grenze zur Türkei drei Millionen GegnerInnen des Assad-Regimes. Sie würden versuchen, in die Türkei zu fliehen, sollten syrische Truppen die Provinz erobern. Die Türkei wägt daher ihre Schritte gegen Russland ab und hält am russischen Luftabwehrsystem S-400 fest, obwohl sie deswegen aus der Entwicklung des F-35-Tarnkappen-Mehrkampfflugzeugs der NATO ausgeschlossen wurde.

Das Veto, das die Türkei im Mai 2022 gegen den NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands einlegte, kann auch als Geste an Russland verstanden werden. Mit dem Veto will die Türkei vor allem den Spielraum der PKK und der Gülen-Bewegung in den beiden Ländern einschränken. Im März 2023 stimmte Erdoğan dem Beitritt Finnlands zu, nicht aber dem Schwedens. Die russische Presse nannte Erdoğan „unseren Mann in der NATO.“ Erdoğan forderte von Schweden unerfüllbare Vorleistungen wie die Auslieferung schwedischer StaatsbürgerInnen an die Türkei. Um wieder auf seine Partner in der NATO zuzugehen, erklärte er am 10. Juli 2023 vor dem Beginn des Gipfeltreffens der

NATO in Vilnius, er sei nun mit dem Beitritt Schwedens einverstanden. Allerdings könne das türkische Parlament den Beitritt Schwedens erst dann ratifizieren, wenn es nach der Sommerpause wieder zusammentrete. Sollte der US-Kongress seinen Widerstand gegen die Lieferung von F16-Kampfflugzeugen an die Türkei nicht aufgeben, kann die Türkei die Ratifizierung weiter aufschieben.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine zwingt Ankara zu einem Balanceakt. Die Türkei beliefert die Ukraine, der ihre Sympathie gilt, mit Kampfdrohnen. Russland kann der Türkei aber mit der Drosselung seiner Energielieferungen und mit Militäraktionen in der Provinz Idlib Schaden zufügen. Anerkennung erhielt Erdoğan für seine Rolle beim Zustandekommen des Getreidedeals zwischen Russland und der Ukraine, welcher die Belieferung der Weltmärkte mit Getreide aus der Ukraine sicherstellen sollte. Den Balanceakt vollführte die Türkei, indem sie sich nur teilweise an die westlichen Sanktionen gegen Russland hielt, die sie grundsätzlich ablehnt. Die türkische Regierung untersagte im März 2023 aber allen türkischen Unternehmen, sanktionierte Güter an Russland zu liefern.



Auch dank türkischer Vermittlung kann ukrainisches Getreide über das Schwarze Meer exportiert werden. Offizielle des gemeinsamen Koordinierungszentrums prüfen im August 2022 die Ladung eines Schiffes in der Nähe von Istanbul.

Das Verhältnis zu Zentralasien und Afrika

Die Türkei nutzt den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, um ihre Beziehungen mit den Staaten Zentralasiens, die ihre Abhängigkeit von Russland reduzieren wollen, auszubauen. Die Organisation der Turkstaaten, die ihren Sitz in Istanbul hat, wurde aufgewertet. Priorität hat der Ausbau des Mittlerer Korridor genannten Verkehrswegs von China über Zentralasien nach Europa anstelle des bisherigen Nordkorridors von China über Russland.

Priorisiert wird auch der Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen mit Afrika. Kein anderer nichtafrikanischer Politiker hat den Kontinent seit 2005 so häufig besucht wie Erdoğan. In Afrika wird sichtbar, dass die Ambitionen der Türkei weit über die Gebiete des Osmanischen Reichs hinausgehen. Nur drei Staaten – China, die USA und Frankreich – unterhalten in Afrika mehr Botschaften als die Türkei, die mit Russland auf 44 Staaten gleichzog, als sie im westafrikanischen Staat Guinea-Bissau, in dem die USA nicht vertreten sind, eine Botschaft eröffnete. Beim Regierungsantritt der AKP im Jahr 2002 war die Türkei erst in zwölf Staaten Afrikas mit Botschaften vertreten.

In Afrika stößt die Türkei auf gegenseitiges Interesse, ob im arabischen Norden, in der Sahelzone oder in der Subsahara: Viele Staaten sehen in der Türkei eine willkommene Option, um

ihre Außen- und Sicherheitspolitik zu diversifizieren, damit sie weniger von Ländern wie China, Frankreich und Russland abhängig sind. Die Türkei schloss mit zahlreichen afrikanischen Staaten Abkommen zum Ausbau des Handels, mit 30 Staaten hat sie Abkommen für eine militärische Zusammenarbeit unterzeichnet, mit 25 Staaten für eine rüstungspolitische Kooperation, die mit dem Versprechen verbunden ist, Technologie weiterzugeben. Viele afrikanische Staaten sehen in der Türkei einen Partner mit einer langen Erfahrung in der Terrorbekämpfung. Türkische Offiziere und Sicherheitsfachleute des Innenministeriums bilden in zahlreichen Staaten das Sicherheitspersonal aus. In Afrika ist die türkische Armee zudem an zwei UN-Friedensmissionen beteiligt.

Am größten ist das türkische Engagement in Somalia, das Erdoğan zum ersten Mal 2011 besucht hat und wo die Türkei in Mogadischu eine ihrer größten Botschaften unterhält. Für 50 Millionen US-Dollar baute die Türkei ein Ausbildungszentrum für die somalische Armee, an dem seit 2017 mehr als 15 000 somalische Soldaten ausgebildet wurden. Das große, von der Türkei gebaute und finanzierte Krankenhaus in der Hauptstadt Mogadischu ist nach dem türkischen Präsidenten benannt. Türkische Firmen betreiben den Flughafen und den Hafen der Stadt. Mehr Projekte als die Baufirmen aus der Türkei wickeln

in Afrika nur jene aus China ab. *Turkish Airlines* fliegt in 40 Ländern des Kontinents 61 Destinationen an und damit mehr als jede andere Fluggesellschaft.



Die Beziehungen zu Afrika haben einen hohen Stellenwert: 3. Türkei-Afrika-Partnerschaftsgipfel Ende 2021 mit Félix Tshisekedi (li.), Präsident der DR Kongo, Moussa Faki, Vorsitzender der Kommission der Afrikanischen Union (re.) und Präsident Erdoğan.

Beziehungen mit der EU

Die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei stehen still. Als Grund dafür nennt die EU-Kommission in ihrem Türkei-Bericht vom Oktober 2022, dass die „türkische Regierung trotz ihres wiederholten Bekenntnisses zum EU-Beitritt den negativen Trend in Bezug auf die Reformen nicht umgekehrt“ habe. Nicht ausgeräumt worden seien die ernststen Bedenken der EU hinsichtlich der anhaltenden Verschlechterung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Grundrechte und der Unabhängigkeit der Justiz. In vielen Bereichen sei es zu weiteren Rückschritten gekommen.

1999 hat die Türkei den Kandidatenstatus erhalten, 2005 begannen die Beitrittsverhandlungen. In denen hätte die Türkei in 33 Kapiteln die verbindlichen Rechtsvorschriften der EU zu übernehmen. Während Kroatien, mit dem die Verhandlungen ebenfalls 2005 begonnen haben, seit 2013 EU-Mitglied ist, gelangten die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nicht über ein abgeschlossenes Kapitel, das zu Wissenschaft und Forschung, hinaus.

Ein Grund für das frühe Stocken war, dass sich die Türkei weigert, ein Zusatzprotokoll zum Assoziierungsabkommen aus dem Jahr 1963, das der Türkei die Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Aussicht gestellt hatte, auf Zypern anzuwenden. Das Zusatzprotokoll regelt die Ausdehnung der seit 1996 bestehenden Zollunion der EU mit der Türkei auf zehn neue EU-Mitglieder, unter ihnen die von der Türkei nicht anerkannte Republik Zypern.

Erdoğan hatte in seinen ersten Regierungsjahren den einzigen ernsthaften Versuch unterstützt, die Teilung Zyperns zu überwinden. Nachdrücklich setzte er sich 2004 für die Annahme des Wiedervereinigungsplans des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan ein, der jedoch an der Ablehnung durch die griechischen Zypriern scheiterte. Von da an verhärtete sich seine Zypernpolitik. Als die Republik Zypern im Herbst 2021 im östlichen Mittelmeer mit Probe-

bohrungen begann, um Gasvorkommen zu erschließen, entsandte die Türkei eigene Forschungsschiffe, die von Kriegsschiffen begleitet wurden. Die Türkei beharrt darauf, dass an den Vorkommen im Mittelmeer die „Türkische Republik Nordzypern“, die nach dem Einmarsch türkischer Truppen 1974 zum Schutz der türkischen Zypriern entstanden war, beteiligt werden soll.

Die EU hat die Türkei wiederholt dazu aufgefordert, gegen ihre Nachbarn keine Drohungen mehr auszusprechen und keine Maßnahmen zu ergreifen, die die Stabilität der Region gefährden. Damit reagierte sie auf die vielfachen Verletzungen des griechischen Luftraums durch türkische Kampfflugzeuge in der Ägäis sowie auf „bedrohliche türkische Äußerungen“ zu Zypern und zur Souveränität der griechischen Inseln. Dennoch setzen die EU und die Türkei ihre Zusammenarbeit in Bereichen wie Klima, Gesundheit, Migration und Sicherheit fort. Die Visaliberalisierung, die die EU der Türkei im Flüchtlingsabkommen vom März 2016 zugesagt hatte, stockt, da die Türkei die Kriterien dafür, zum Beispiel die Anpassung der Antiterrorgesetze, nicht erfüllt.



Rainer Hermann

Gesellschaft

Die Türkei hat eine recht junge Bevölkerung, die neue Anforderungen an Bildung und Geschlechtergerechtigkeit stellt. Darauf müssen Gesellschaft und Politik reagieren.

Urbanisierung und Demografie

1950, als die Türkei noch ein traditionelles Agrarland war, setzte eine Landflucht ein, die das Land grundlegend verändern sollte. Anatolische BinnenmigrantInnen kamen in den Städten an. Konservative, vor allem islamisch gefärbte Parteien wurden ihre Fürsprecher. Der Prozess der Verstädterung, der unter der AKP schließlich zu einem Elitenwechsel geführt hat, ist heute weitgehend abgeschlossen.

Die Bevölkerung hat sich von 1950 bis 2021 auf 84,5 Millionen EinwohnerInnen fast vervierfacht. In dem Zeitraum wuchs sie in den ländlichen Gebieten um 23 Prozent auf 19,8 Millionen, in den Städten mit mindestens 10 000 EinwohnerInnen jedoch von 5,3 Millionen auf 64,7 Millionen. Heute leben 77 Prozent der TürkInnen in Städten. Die Urbanisierungsrate entspricht der Deutschlands.

Als Folge der raschen Urbanisierung ging das Bevölkerungswachstum stark zurück. 1960 brachte eine Frau im Durchschnitt 6,4 Kinder zur Welt, heute sind es knapp zwei Kinder. Die Türkei ist eine junge Gesellschaft, denn die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 33 Jahre. In Deutschland liegt das Medianalter hingegen bei 46 Jahren, d.h. die eine Hälfte der deutschen Bevölkerung ist unter und die andere über 46 Jahre alt.

Vor enorme Herausforderungen stellt das Land, dass die Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten rasch altern wird. Eine wichtige Kennzahl ist, wie viele Jahre ein Land benötigt, bis sich der Anteil derer, die 65 Jahre und älter sind, von 7 Prozent an der Gesamtbevölkerung auf 14 Prozent verdoppelt. In den Industrieländern Europas dauerte dieser Prozess zwischen 45 und 115 Jahren. In der Türkei hat er 2008 eingesetzt und wird bereits 2035 abgeschlossen sein. Er dauert demnach nur 27 Jahre.



In der Türkei ist die Hälfte der Bevölkerung jünger als 33 Jahre. 77 Prozent der Türkinnen und Türken leben in Städten. Blick in den Gewürzbasar, einem der ältesten Basare in Istanbul, im August 2023



Durch die Wiedereinführung der Mittelschule 2012 haben die religiösen Imam-Hatip-Schulen an Zulauf gewonnen. Gruppenbild mit Präsident Erdoğan (M. oben) in der Saray Imam Hatip High School in Istanbul im November 2021

Damit hat die Türkei weniger Zeit als die reichen Industriestaaten, sich auf eine alternde Gesellschaft vorzubereiten, um etwa Altersheime zu bauen und die Rentenversicherung auf eine nachhaltige Basis zu stellen. Das demografische Fenster dafür ist kurz. Es öffnet sich 2023, wenn die Zahl der Erwerbstätigen den höchsten Stand erreicht, und es schließt sich 2040, wenn die Gruppe der über 65-Jährigen größer sein wird als die der Kinder und Jugendlichen im Alter bis zu 14 Jahren. Um die Kosten der Alterung zu tragen, muss die Produktivität gesteigert werden, was Reformen im Bildungswesen voraussetzt.

Bildung und Hochschulen

Das türkische Bildungswesen schneidet im internationalen Vergleich schlecht ab. In den internationalen Schulleistungsuntersuchungen, den PISA-Studien der OECD, liegt die Türkei deutlich unter dem Durchschnitt. In der Untersuchung von 2018 belegte sie bei der Lesekompetenz von 37 erfassten Ländern Platz 29, bei der mathematischen Kompetenz Platz 33 und bei der naturwissenschaftlichen Kompetenz Platz 30. Seit der ersten Teilnahme im Jahr 2003 ist ein leichter Aufwärtstrend zu erkennen. Die PISA-Studien weisen jedoch unverändert auf einen erheblichen Reformbedarf hin.

Ein Schritt dazu sollte die Schulreform von 2012 sein. Sie hat die Schulpflicht um vier auf zwölf Jahre erhöht und das Schuleintrittsalter um ein Jahr auf das fünfte Lebensjahr reduziert. Zudem hat sie in der letzten der drei jeweils vierjährigen Stufen ein duales Ausbildungssystem eingeführt. Dem Schulsystem wird unverändert vorgeworfen, dass es nicht das eigenständige Denken, sondern vielmehr Auswendiglernen fördert und belohnt.

Mit der Wiedereinführung der Mittelschule hat die Schulreform von 2012 die religiösen Imam-Hatip-Schulen wieder attraktiv gemacht. Damit revidiert sie die Reform von 1997. In der hatten die Generäle nach dem „postmodernen Putsch“ die Erhöhung der für alle verpflichtenden Grundschulzeit auf acht Jahre durchgesetzt, was den Besuch einer religiösen Imam-Hatip-Schule erheblich erschwerte. Diese war 1951 als Mittelschule (5. bis 8. Klasse) und staatliche Berufsfachschule für Prediger und Koranlehrer eingeführt worden.

2004 war der Anteil der SchülerInnen an Imam-Hatip-Schulen landesweit auf nur noch 2,4 Prozent gesunken. Nach Angaben des Verbands der Imam-Hatip-Schulen besuchten 2022 wieder 10,3 Prozent aller SchülerInnen im Alter von 9 bis 17 Jahren eine



50 Prozent der Studierenden an türkischen Hochschulen sind Frauen. Im Juni 2023 warten junge Frauen und Männer in Ankara darauf, den zentralen Test für die Aufnahme in die Universität zu absolvieren.

solche Schule. In absoluten Zahlen waren es 514 000 SchülerInnen. In der Regierungszeit der AKP verzehnfachte sich die Zahl der Imam-Hatip-Schulen von 450 auf 4424, das ist ein Anteil von 13,5 Prozent an allen Schulen. Seit 2012 dürfen ihre AbsolventInnen an der zentralen Prüfung zur Erlangung einer Studienberechtigung (ÖSS) teilnehmen.

Die AKP hat das Hochschulwesen massiv ausgebaut. Von 2002 bis 2022 stieg die Bevölkerung von 65 Millionen auf knapp 85 Millionen Menschen, die Zahl der Studierenden, von Kurzstudiengängen bis zur Promotion, hingegen stieg von 1,9 Millionen auf 8,3 Millionen. Der Anteil der Frauen an den Studierenden ist von 42 Prozent (2002) auf 49,7 Prozent (2022) gestiegen. Die Anzahl der staatlichen Universitäten stieg seit 2002 von 68 auf 129, die Anzahl der Stiftungsuniversitäten, die mindestens zu 50 Prozent privat finanziert werden, von 25 auf 75. Die staatlichen Universitäten sind für türkische Studierende im Bachelor- und Masterstudium gebührenfrei. Stiftungsuniversitäten verlangen hingegen teilweise hohe Studiengebühren.

Universitäten wurden in strukturschwachen Gebieten gegründet, wo sie Arbeitsplätze geschaffen haben. Kritisiert wird die teilweise mangelhafte Forschungs- und Lehrqualität der neuen Universitäten, umstritten sind die Berufungspraktiken. Nur wenige Universitäten genießen internationales Renommee. In die Rangliste der 600 weltweit besten Universitäten schaffen es lediglich vier türkische Hochschulen. Vertreten sind die Koç University (Rang 477), die Middle East Technical University (501), die Sabancı University (531) und die Bilkent University (561). Von ihnen sind alle bis auf die Middle East Technical University private Hochschulen. Ein Indiz für die geringe Innovationskraft der Türkei sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung. In Deutschland werden dafür 3,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgegeben, in der Türkei 1,1 Prozent.

Die fehlende Autonomie gilt als wesentlicher Grund für die mangelhafte Qualität der Universitäten. Die Verfassung von 1961 hatte den Universitäten Autonomie gewährt, 1971 wurde sie wieder eingeschränkt. Seit 1982 bestimmt der neu gegründete Hochschulrat (YÖK) Lehrinhalte. Er führte die Regelung ein, dass von den Universitäten gewählte Rektoren und Dekane von ihm bestätigt werden müssen. Eine Notverordnung des Präsidenten entzog den Universitäten nach dem Putschversuch von 2016, als 4000 HochschuldozentInnen entlassen wurden, dieses Vorschlagsrecht. 2018 ging das Recht, einen Rektor zu ernennen, vollständig auf den Präsidenten über.

Erdoğan ernannte am 2. Januar 2021 Melih Bulu zum Rektor der Istanbuler Bosphorus-Universität, obwohl ihm die akademische

Qualifikation für dieses Amt fehlte. Die Polizei löste den daraufhin entbrannten friedlichen Protest der Lehrenden und Studierenden auf dem Campus der Universität mit Gewalt auf und nahm 17 Studierende fest. Erdoğan zog zwar Bulu zurück, ersetzte ihn am 21. August 2021 aber durch den ebenfalls umstrittenen Mehmet Naci İnci. Lehrende und Studierende setzen jeden Werktag um 12:15 Uhr ihren stillen Protest gegen dessen Ernennung fort, indem sie sich vor dem Rektoratsgebäude aufstellen und diesem den Rücken zukehren.



Im Februar 2021 demonstrieren Studierende der Istanbul-Bosporus-Universität vor dem Hochschulgelände, während Polizeikräfte den Eingang versperren. Am Wochenende zuvor waren erneut zwei Studierende verhaftet worden.

Jugend und Frauen

Bei den Wahlen vom Mai 2023 waren von den 62 Millionen WählerInnen fünf Millionen junge TürkInnen zum ersten Mal wahlberechtigt. Wie unzufrieden sie sind, dokumentiert die im April 2022 veröffentlichte Jugendstudie des Politikwissenschaftlers Ali Çağlar im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung. 73 Prozent der 3243 befragten Jugendlichen im Alter von 18 bis 25 Jahren gaben an, dass sie sich eine Zukunft im Ausland wünschten. 63 Prozent sahen die Zukunft der Türkei nicht positiv, 35 Prozent waren sogar „völlig hoffnungslos“. Diese Unzufriedenheit schlägt sich in den Parteipräferenzen nieder. Bei Umfragen gab nur ein Fünftel der JungwählerInnen an, für die AKP zu stimmen. Bei den älteren WählerInnen liegt der Anteil bei gut einem Drittel.

Zu den größten Problemen in ihrem Land zählten die Jugendlichen die Arbeitslosigkeit (87 Prozent) und die ungleiche



Viele junge Menschen in der Türkei sind laut einer Studie von 2022 unzufrieden. Sorgen bereiten vor allem Arbeitslosigkeit und Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Spaziergang auf einer Uferpromenade am Bosporus 2013

Verteilung von Einkommen und Vermögen (83 Prozent). Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 19 Prozent, vierfach höher als in Deutschland. Als weitere drängende Probleme nannten sie mangelnde Freiheit und Gerechtigkeit sowie ein schlechtes Bildungswesen. 66 Prozent gaben an, in der Türkei würden die Menschenrechte nicht respektiert. Der Justiz vertrauten lediglich 12 Prozent. In der Türkei haben für die befragten Jugendlichen die Themen Gerechtigkeit, Freiheit und soziale Sicherheit Priorität. Als die dringlichsten globalen Probleme nannten sie den Klimawandel (29 Prozent) und kriegerische Konflikte (26 Prozent).

Die heutige Jugend ist moderner, liberaler und gebildeter als die älteren Generationen. 93 Prozent haben einen Sekundarschulabschluss. Mit steigendem Bildungsgrad nimmt die Bedeutung der Religion in ihrem Leben ab. Nur noch 30 Prozent bezeichneten sich als fromm. Auch das Verhalten zwischen den Geschlechtern verändert sich. 80 Prozent gaben an, Frauen und Männer seien in allen Aspekten des Lebens gleich. Der Rest teilt sich zu gleichen Teilen in jene auf, die Männer beziehungsweise die Frauen für überlegen halten.

Diesen Einstellungen steht eine Lage der Frauen gegenüber, die zu den schlechtesten in den Industrie- und Schwellenländern zählt. Im Bericht des *World Economic Forum* von 2022 zum *Global Gender Gap* belegt die Türkei unter 146 Ländern nur Platz 124. Bei den Bildungsabschlüssen liegt sie auf Platz 101, bei der politischen Teilhabe der Frauen auf Platz 112 und bei der wirtschaftlichen Teilhabe nur auf Platz 134. In der 2023 gewählten Großen Nationalversammlung sind 20 Prozent der 600 Abgeordneten Frauen. Im 2021 gewählten Bundestag stellen Frauen 35 Prozent der 735 Abgeordneten. In Schweden und Finnland liegt der Anteil der Frauen sogar bei jeweils 46 Prozent. Nur 29 Prozent aller türkischen Frauen im erwerbsfähigen Alter sind erwerbstätig; im Durchschnitt der Industriestaaten der OECD sind es 59 Prozent.

Dabei hat die AKP das Kopftuchverbot schrittweise in allen Institutionen aufgehoben und so für fromme Muslimas neue Arbeitschancen geschaffen. 2021 wurde an einer Militärakademie erstmals einer Offizierin mit Kopftuch ein Diplom überreicht. Die AKP hat den Kampf um das Kopftuch, das zum Symbol für die Macht im Staat geworden war, gewonnen. Wichtiger als der Erfolg einer Frau war in der öffentlichen Diskussion zeitweise die Frage geworden, ob sie ein Kopftuch trägt oder nicht.

In ihren Reformjahren hatte die AKP zunächst die Position der Frauen gestärkt, beispielsweise mit dem 2004 verabschiedeten neuen Strafgesetzbuch. Am 11. Mai 2011 unterzeichnete die AKP-Regierung als eine der ersten die Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die Istanbul-Konvention. In einer Schwächephase seiner AKP kündigte Erdoğan aber am 20. März 2021 als Geste gegenüber islamistischen WählerInnen per Dekret den Austritt aus der Konvention an. Er wurde am 1. Juli 2021 vollzogen.

Erdoğan und seine Regierung begründeten den Schritt damit, dass das Abkommen zu erhöhten Scheidungsraten geführt habe, dass es der Einheit der Familie schade und zur „Normalisierung von Homosexualität“ beitrage, die mit den sozialen und familiären Werten der Türkei unvereinbar sei. Eine Woche nach dem Austritt verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das die Verfolgung von Gewalt gegen Frauen erschwert. Im Jahr 2021 hat die Plattform *Ant Savaş* 497 Femizide dokumentiert, also Fälle, bei denen eine Frau getötet wurde, weil sie eine Frau ist. Das türkische Gesetz sieht für jede Stadt mit mehr als 100 000 Einwohnenden ein Frauenhaus vor. Von den 242 Städten dieser Größe haben nur 32 eine solche Einrichtung.



Am 20. März 2021 erklärt Erdoğan per Dekret den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention, einem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Dagegen gibt es Proteste wie hier in Istanbul am 27. März 2021.

Zivilgesellschaft

Die Frauenrechtsgruppe *Mor Çatı* hat 1990 das erste Frauenhaus in Istanbul gegründet. Frauenrechtsgruppen gehören seit Jahrzehnten zu den aktivsten AkteurInnen der türkischen Zivilgesellschaft. Als die Türkei 2002 im Rahmen der Annäherung an die EU mit der Reform ihrer Gesetze begann, schlossen sich mehr als hundert Frauenrechtsgruppen aus dem ganzen Land zur *Kadınlar Koalisyonu*, der Frauenkoalition, zusammen. Sie beriet die Politik bei den großen Reformprojekten und ist bis heute eine der wichtigsten Stimmen der Frauen.

Als Reaktion auf ihre verschlechterte Situation gründeten Frauen im April 2020 die *Eşitlik İçin Kadın Platformu*, die Frauenplattform für Gleichheit. Begründet wurde der Schritt mit den „sehr ernststen Gefahren und der Bedrohung“, dass den Frauen die angestammten Rechte genommen würden. Die Plattform organisiert sich klassen- und bildungsübergreifend und schließt religiöse Frauen ein, die ebenfalls um ihre Rechte besorgt sind. Mit Hilfe von Whatsapp hat die aktive Frauenplattform auch die Coronavirus-Pandemie gut überstanden.

In einem politischen Umfeld, in dem es kaum mehr gegenseitige Gewaltkontrolle gibt, ist die Zivilgesellschaft eine der letzten Kontrollmechanismen, selbst wenn ihr Einfluss auf die Politik und in der Bevölkerung begrenzt ist. Junge Menschen beteiligen sich stärker in der Zivilgesellschaft als in politischen Parteien. Nur ein kleiner Teil der Zivilgesellschaft beschäftigt sich jedoch mit politisch relevanten Themen wie den Menschenrechten, der Umwelt, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, dem Kurdenkonflikt und benachteiligten Gruppen wie Geflüchteten. Zur Zivilgesellschaft gehören auch Berufs- und Wirtschaftsverbände, Sportvereine und Gewerkschaften. Nach dem Putschversuch von 2016 wurden mehr als 1500 zivilgesellschaftliche Gruppen verboten.

Es sind vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen, die ökologische Anliegen verfolgen. Eine Partei, die sich vorrangig mit Umweltfragen beschäftigt, wurde erstmals 1988 gegründet, sie hielt sich nicht lange. In der täglichen Politik haben

Umweltfragen nach wie vor keine große Bedeutung. Vielmehr engagieren sich in der Zivilgesellschaft, insbesondere in Istanbul, junge TürkInnen für die Umwelt, beispielsweise in Organisationen wie *Mekanda Adalet Derneği* (Zentrum für räumliche Gerechtigkeit).

Die türkische Regierung unterstützt zwar die Kulturschaffenden. Doch seine Vitalität erhält das Kulturleben von einem breiten zivilgesellschaftlichen Engagement. Die bekannteste Einrichtung ist die 1973 gegründete Istanbul Stiftung für Kultur und Kunst (İKSV) mit einer Vielzahl von Projekten und Programmen, etwa der seit 1987 ausgerichteten Istanbul Biennale. Die großen Industriellenfamilien haben bedeutende Museen gegründet. Das Museum Istanbul Modern, eine Initiative der Familie Eczacıbaşı, gibt einen nahezu kompletten Überblick über die Kunst der Türkei seit 1945. Die Familie Koç hat in Istanbul und Ankara jeweils ein Museum zur industriellen Entwicklung der Türkei eingerichtet. Das Sakıp Sabancı Museum bringt große internationale Kunstaussstellungen nach Istanbul.



Im Juni 2023 wurde das Istanbul Modern wieder eröffnet. Kulturelle Zentren wie dieses ergänzen die staatliche Kunstförderung und sind zugleich Prestigeprojekte der großbürgerlichen Trägerinnen und Träger.

Migration

Gemessen an der einheimischen Bevölkerung hat die Türkei mehr Geflüchtete als jedes andere Land aufgenommen. Registriert sind 3,6 Millionen syrische Flüchtlinge, hinzu kommen mehr als 900 000 in der Türkei geborene syrische Kinder. Ferner leben in der Türkei mehr als 300 000 irreguläre Flüchtlinge und MigrantInnen. Sie stammen überwiegend aus Afghanistan, dem Irak und aus afrikanischen Ländern.

Während die syrischen Flüchtlinge vorübergehenden Schutzstatus genießen, geht die türkische Polizei robust gegen irreguläre Migration vor. 2022 wurden mehr als 200 000 irreguläre MigrantInnen, überwiegend aus Afghanistan, festgenommen, in Abschiebezentren gebracht und größtenteils abgeschoben. AfghanInnen wurden mit Charterflügen in ihr Heimatland gebracht. Um einer Abschiebung zu entgehen, reisen die afghanischen Flüchtlinge möglichst rasch durch die Türkei Richtung Westen.

Seitdem die Türkei entlang der Grenze zu Syrien eine Mauer gebaut hat, gelangen aus Syrien kaum mehr Flüchtlinge in die Türkei. Um im Osten den Zustrom von Flüchtlingen aus Afghanistan, Pakistan und Bangladesch zu stoppen, hat die türkische Regierung zusätzliche Grenzschützer an die Grenze zu Iran geschickt. Zudem baut sie entlang der Grenze zu Iran eine Mauer. In Iran sind etwa 800 000 AfghanInnen offiziell als Flüchtlinge registriert, mutmaßlich mehr als zwei Millionen sind nicht registriert.

Die Türkei hat zwar die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 unterzeichnet, machte dabei aber vom Vorbehaltsartikel zur „geografischen Beschränkung“ Gebrauch. Daher erkennt sie nur diejenigen als Flüchtlinge an, die aus Ländern des Europarates kommen. Flüchtlinge aus Syrien genießen lediglich vorübergehenden Schutzstatus, was eine langfristige Integration in die türkische Gesellschaft erschwert. Die Flüchtlinge sind nicht bereit, freiwillig nach Syrien zurückzukehren, und eine Umsiedlung in Drittländer ist aufgrund der dort fehlenden Bereitschaft unrealistisch.

Nachdem eine Mehrheit die syrischen Flüchtlinge zunächst positiv aufgenommen hatte, kippte die Stimmung allmählich, nicht zuletzt befeuert durch die Oppositionsparteien. Infolge der Wirtschaftskrise wurde die Stimmung feindlich, das Erdbeben vom Februar 2023 verstärkte dies noch mehr. In einer Umfrage vor den Wahlen vom Mai 2023 plädierten 89 Prozent dafür, die Flüchtlinge nach Syrien zurückzusenden. Zweifelhaft ist daher, ob ein Nachfolgeabkommen zwischen der EU und der Türkei zustande kommt.

Denn um den Zustrom von Flüchtlingen durch die Türkei nach Europa zu reduzieren, hatte die EU am 18. März 2016 mit der Türkei ein Abkommen unterzeichnet. In der Türkei herrscht die Überzeugung vor, dass die EU mit dem Abkommen ihr Migrationsproblem auslagert. In dem Abkommen sicherte die EU der Türkei finanzielle Unterstützung in Höhe von sechs Milliarden Euro zu, um die durch die Geflüchteten entstandenen Kosten aufzufangen. Mit Stand Sommer 2023 sind sie ausgegeben oder für konkrete Projekte eingeplant.

Die Gelder dienen der Finanzierung von Projekten in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Infrastruktur und Lebensmittelversorgung. In der ersten Phase erhielten im größten humanitären Hilfsprogramm in der Geschichte der EU 1,7 Millionen syrische Flüchtlinge Barhilfen für ihren täglichen

Grundbedarf. Im Gegenzug verpflichtet sich die Türkei, MigrantInnen zurückzunehmen, die in Europa keinen Schutzanspruch haben. Die Türkei setzte diesen Teil im Jahr 2020 de facto aus. Die türkische Küstenwache verhindert jedoch weiterhin, dass eine große Zahl von Geflüchteten auf einer der griechischen Inseln ankommt, wozu auch griechische *Pushbacks* beitragen.

Die EU kündigte an, die Türkei über die sechs Milliarden Euro hinaus zu unterstützen. Im Gespräch sind Integrationsmaßnahmen. Je länger die Flüchtlinge in der Türkei leben, desto wichtiger wären Formen der Unterstützung, die ihnen wirtschaftliche Perspektiven eröffnen, die sie für den Arbeitsmarkt qualifizieren und in die türkische Gesellschaft integrieren würden. Die Bereitschaft der türkischen Bevölkerung, die syrischen Flüchtlinge zu integrieren, ist indessen nur noch gering. Zudem ist die EU nicht bereit, Gelder für die Gebiete in Syrien bereitzustellen, die die Türkei kontrolliert und in die sie Flüchtlinge zurückschieben will.



Mit dem Bau einer Mauer an der Grenze zu Iran will die Türkei die Zuwanderung von Flüchtlingen aus Afghanistan, Pakistan und Bangladesch stoppen. Montage eines Mauerelements in Van im Juli 2017



In der Türkei leben mehr als 3,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien, die einen vorübergehenden Schutzstatus genießen. Im Şanlıurfa Halilîye Community Center in Urfa werden traumatisierte syrische Flüchtlingskinder unterstützt.

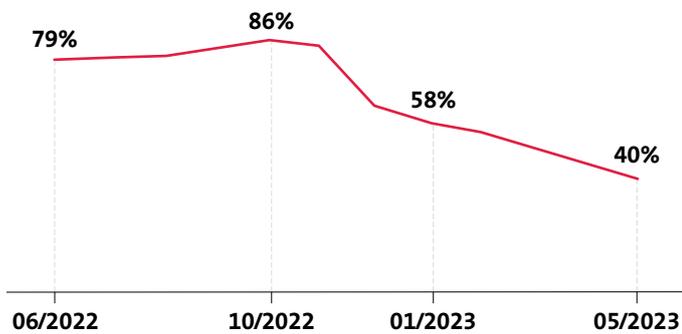
Rainer Hermann

Wirtschaft

Mit Investitionen etwa in Infrastruktur und Tourismus konnte die Türkei ihre wirtschaftlichen Kernbranchen stärken. Hohe Inflationsraten treffen hingegen die Mittelschicht hart.

Die Entwicklung der türkischen Wirtschaft bis Juni 2023

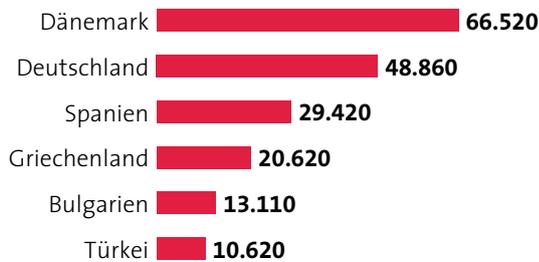
Inflation in Prozent (offizielle Angaben)



Devisenreserven (Nettoreserven) in Mrd. US-Dollar



BIP pro Kopf in US-Dollar (2022)



Wert der Währung



Quelle: Türkische Zentralbank, Internationaler Währungsfond, Türkisches Statistikkamt; Die Zeit Nr. 25 vom 7. Juni 2023

Wirtschaftswunder in der Sackgasse

Die Türkei ist im östlichen Mittelmeer neben Israel das einzige Industrieland mit einer breit diversifizierten Wirtschaft. Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt ist von 1950 bis 2022 von 54 Prozent auf 6 Prozent zurückgegangen, jener der Industrie stieg von 11 Prozent auf 31 Prozent. Entscheidend für die Industrialisierung waren die Öffnung der Wirtschaft in den 1980er-Jahren unter Ministerpräsident Turgut Özal und die Zollunion mit der EU von 1996.

Als Folge der Zollunion verzehnfachte sich der Export von 1995 bis 2022 auf 235 Milliarden US-Dollar, wobei sich die Struktur des Exports veränderte. 1995 waren Textilien der größte Posten, 2022 standen Automobile und Kfz-Teile an der Spitze. Seit 1995 verzehnfachte sich ebenfalls der Import und stieg auf 342

Milliarden US-Dollar. Mit dem Wachstum und dem Strukturwandel stieg auch der Energiebedarf, sodass sich der Anteil der Ölrechnung am Import auf 27 Prozent verdoppelte. Maschinen und Anlagen wurden der zweitgrößte Posten.

Eine Zäsur brachte die Wirtschaftskrise von 2001. Die Unternehmen waren wettbewerbsfähig geworden. Die Politik war aber weiterhin von Klientelismus geprägt, und so verteilten Politiker im Gegenzug für Loyalität und WählerInnenstimmen großzügig gruppenbezogene Subventionen. Das Loch im Staatshaushalt stopften sie mit Rekordzinsen für Staatsanleihen, die Staatsbanken vergaben verbilligte Kredite. Die Strukturreformen, die der Internationale Währungsfonds der Türkei verordnete, schränkten dann den Zugriff der Politik auf die Wirtschaft massiv ein. Sie schufen die Rahmenbedingungen, die ab 2002 das türkische Wirtschaftswunder ermöglichten.

Die Erfolgsgeschichte ging zu Ende, als die AKP-Regierung die Baubranche, die für schnelles Wachstum sorgt, zur Konjunkturlokomotive machte. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt verdoppelte sich seit 2002 auf 9 Prozent. Das geschah auf Kosten der Investitionen in verarbeitende Industrien, die weniger schnell Gewinne abwerfen als etwa Investitionen in Immobilien. Die Regierung vernachlässigte Strukturreformen, sie hohlte die Unabhängigkeit der Zentralbank aus und betrieb eine Politik des billigen Geldes, was zur Inflation führte.

Die Zentralbank reagierte darauf nicht mit steigenden Zinsen. Sie senkte im Gegenteil auf Anweisung von Präsident Erdoğan den Leitzins von 2019 bis April 2023 von 24 Prozent auf 8,5 Prozent. Die Inflation stieg gegenläufig 2022 von 12 Prozent auf 72 Prozent. Erdoğan ist, entgegen der volkswirtschaftlichen Lehrmeinung, davon überzeugt, dass Zinsen die Ursache für die Inflation sind. Mit niedrigen Zinsen wollte er zudem Investitionen ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen. Um den Wert ihres Geldes zu schützen, investierten die Wirtschaftsakteure in Immobilien und kauften Devisen, was zur Abwertung der Türkischen Lira führte. Die verteuerten Importe heizten den Preisauftrieb weiter an. Daher musste die Zentralbank mit umfangreichen Stützungskäufen in den Devisenmarkt intervenieren. Nach den Wahlen vollzog die Zentralbank eine Kehrtwende und hob den Leitzins bis zum 24. August 2023 in mehreren Schritten auf 25 Prozent an.

Als Folge der Wirtschafts- und Finanzpolitik schrumpfte nun die Mittelschicht, die im ersten Jahrzehnt der AKP-Regierung gewachsen war. Zwar wächst die Wirtschaft weiter, viele TürkInnen spüren davon aber nichts. Denn die Inflation trifft die ärmeren Einkommensschichten härter als die reicheren. Ein Indikator dafür ist die Lohnquote, also der Anteil der ArbeitnehmerInnenentgelte am Volkseinkommen. Von 2002 bis 2016 stieg sie von 25 auf 32 Prozent. Seither fiel sie zugunsten der gestiegenen Unternehmens- und Vermögenseinkommen wieder auf 28 Prozent. In Deutschland liegt die Lohnquote bei über 70 Prozent.

Gute Infrastruktur

Zu den Erfolgen der AKP-Regierung zählt der Ausbau der materiellen Infrastruktur. Von 2003 bis 2022 hat sie in den Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationsnetze 194 Milliarden US-Dollar investiert. Nach zwei Jahrzehnten ist die Türkei wesentlich besser erschlossen, als sie es zum Regierungsantritt der AKP war. Parallel stieg die Dichte der Automobile. 2002 waren 4,6 Millionen Personenkraftwagen (Pkw) angemeldet, 2022 waren

es 14 Millionen. Die Zunahme illustriert den gestiegenen Wohlstand. Bis 2053 sind für den weiteren Ausbau der Infrastruktur Projekte von 200 Milliarden US-Dollar in Planung.

Der Löwenanteil entfiel in den zwei Jahrzehnten mit 118 Milliarden US-Dollar auf den Ausbau der Straßen. Das Autobahnnetz wurde auf 3633 Kilometer mehr als verdoppelt, das Netz der Schnellstraßen auf 28 700 Kilometer fast verfünffacht. Waren es 2002 erst 83 Straßentunnel, sind es heute 469. Das Schienennetz wurde von 10 900 auf 13 000 Kilometer ausgebaut. Die Zahl der Flughäfen stieg von 26 auf 57, ihre Kapazität von 55 Millionen auf 335 Millionen Reisende. In den zwei Jahrzehnten wurden über 400 Millionen Kilometer Glasfaserkabel verlegt.

Zu den Großprojekten zählen die dritte Bosphorus-Brücke, die Brücke über die Dardanellen und die Brücke über den Golf von Izmit sowie der Großflughafen in Istanbul. Der 2019 nach fünf Jahren Bauzeit eröffnete Flughafen war 2022 mit 65 Millionen Reisenden der größte Flughafen Europas. In der ersten Phase ist er mit einem Terminal und vier Landebahnen für 90 Millionen Reisende ausgelegt. In einer zweiten Phase kann er auf eine Kapazität von 150 Millionen erweitert werden. Mit seiner strategischen Lage ist in Istanbul ein Luftdrehkreuz entstanden, das Europa mit Asien und Afrika verbindet. Die Fluggesellschaft *Turkish Airlines* fliegt in 128 Staaten 321 Städte und 326 Flughäfen an. Keine andere Fluggesellschaft hat so viele Zielflughäfen.

Auch auf dem Landweg will die Türkei ihre strategische Lage nutzen. In Zusammenarbeit mit den Ländern der Organisation der Turkstaaten, zu denen neben der Türkei Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan und Kirgisien sowie als Beobachter Turkmenistan und Ungarn gehören, baut sie für den Frachtverkehr als Alternative zur Passage durch Russland den Mittleren Korridor aus, der von China über Zentralasien und die Türkei nach Europa führt. Strategische Bedeutung hat die Türkei als Transitland für Energie. Durch die Türkei verläuft der 3500 Kilometer lange südliche Gaskorridor, der Europa seit 2020 mit Erdgas aus Aserbaidschan versorgt. Der Gaskorridor setzt sich aus drei Einheiten zusammen: der Pipeline im Südkaukasus, der Transanatolischen Pipeline (TANAP) und ab der türkisch-griechischen Grenze der Transadriatischen Pipeline (TAP).

Der geplante Kapazitätsausbau von TANAP soll die Versorgungssicherheit Europas verbessern. Um TANAP zu füllen, wird Aserbaidschan mehr liefern. Turkmenistan, das bislang Erdgas nach China verkauft, könnte Lieferant werden. Die Hoffnungen, dass die kurdische Regionalregierung im Nordirak Gas in die Türkei pumpt, haben sich zerschlagen. Hingegen bestehen Chancen, dass Israel Gas über die Türkei nach Europa liefert. Denn kein Thema mehr ist das Pipeline-Projekt EastMed, das



Zu den Erfolgen der AKP-Regierungen zählt der Ausbau der Infrastruktur, in den Milliarden US-Dollar geflossen sind. Straßen- und Tunnelbau am Ovit-Pass in der nordöstlichen Türkei nahe der Schwarzmeerküste 2014



Durch die Transanatolische Pipeline fließt Gas aus Aserbaidschan nach Europa. Aserbaidschans Präsident İlham Aliyev während der Eröffnungszeremonie im türkischen Ipsala am 30. November 2019

durch das östliche Mittelmeer Gas aus israelischen, zyprischen und ägyptischen Vorkommen nach Europa pumpen sollte. Es würde sich erst nach 25 Jahren amortisieren (=begleichen), Europa will aber Gas als Energiequelle nur noch bis 2035 nutzen.

Mit den Gasvorkommen, die 2020 im Schwarzen Meer entdeckt wurden, will die Türkei ein Drittel ihres Bedarfs decken. Dann würden die Bezugsquellen Iran und Russland an Bedeutung verlieren. Bislang bezieht die Türkei Erdgas vor allem aus Iran, dessen Lieferungen Schwankungen unterliegen, sowie aus Russland über die Pipelines TurkStream und BlueStream, die durch das Schwarze Meer verlaufen.

Kernbranchen

Keine Branche prägt das Bild der Türkei wie der Tourismus. 2022 erreichte die Zahl der eingereisten UrlauberInnen mit 51,4 Millionen wieder das Niveau des Rekordjahres 2019. Sie brachten 46 Milliarden US-Dollar ins Land, das entsprach 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Für 2028 peilt die Regierung 90 Millionen TouristInnen und 100 Milliarden US-Dollar Einnahmen aus dem Tourismus an.

Die Stellung der Automobilindustrie illustriert den Strukturwandel der Türkei. Bis 2004 war die Textilindustrie größter Industriezweig und größte Exportbranche. Dann wurde sie von der Automobilbranche überholt, in die mit Blick auf die Zollunion mit der EU umfassend investiert worden war. Die Autoindustrie und die Kfz-Zulieferer sind heute mit 31,5 Milliarden US-Dollar die größte Exportbranche. Ihre Unternehmen beschäftigen mehr als eine halbe Million Arbeitskräfte. Die Türkei ist Europas viertgrößter Automobilhersteller. Mehr als 250 international tätige Zulieferfirmen haben eine diversifizierte Zulieferindustrie geschaffen, die stark in internationale Lieferketten eingebunden ist.

Auch die Türkei setzt – wie viele andere Staaten – auf die Elektromobilität. 2018 haben fünf türkische Firmen das Unternehmen TOGG gegründet, das zum 100. Geburtstag der Republik ein Elektroauto auf den Markt gebracht hat, welches in der Türkei entwickelt wurde und ohne ausländische Partner produziert wird. Bis 2025 soll der lokale Wertschöpfungsanteil auf 68 Prozent steigen. Zunächst will TOGG im Jahr 100 000 Elektroautos herstellen und einen Teil davon exportieren.

Die Türkei beginnt, ihr Potenzial für grüne Energie auszuschöpfen. Die mit Kohle und Erdöl betriebenen Kraftwerke verursachten 2020 noch 70 Prozent der Treibhausemissionen der Türkei. Bis 2053, dem 500. Jahrestag der Eroberung von Konstantinopel, will die Türkei klimaneutral sein. In einem ersten Schritt soll die Kapazität von Photovoltaik und Windenergie, die 2023 etwa 16 Prozent des Stromverbrauchs decken, verdreifacht werden.

Bis 2053 will die Türkei in jedem Jahr durchschnittlich 5000 Megawatt Solarkapazitäten und 3000 Megawatt Windkapazitäten errichten. Bei der Herstellung von integrierten Solarmodulen, die eine Alternative zu chinesischen Solarpanelen sind, ist ein türkisches Unternehmen Pionier. Die Türkei setzt aber auch auf Atomstrom. In Akkuyu wurde im April 2023 das erste von Russland gebaute Atomkraftwerk eingeweiht. Ein weiteres Atomkraftwerk ist geplant.

Eine wichtige Exportbranche wurde die Rüstungsindustrie. Mit deren Ausbau unterstreicht die Türkei ihren Anspruch, regionale Ordnungsmacht zu sein. Der wichtigste Rüstungspartner ist die Ukraine, die in der Sowjetunion der wichtigste Motorenhersteller war und noch heute ein führender Hersteller von

Motoren ist. Demgegenüber ist der größte Schwachpunkt der Türkei das Fehlen eigener Antriebssysteme und Motoren.

In den 20 Jahren AKP-Herrschaft stieg die Zahl der in der Branche tätigen Unternehmen von 56 auf über 5000, der lokale Wertschöpfungsanteil von 20 Prozent auf über 70 Prozent. Ein Meilenstein war 2014 die Produktion eines eigenen Mehrzweckkampfhubschraubers. 2015 stellte das Unternehmen Bayraktar die erste selbst entwickelte Kampf- und Aufklärungsdrohne TB2 vor, die inzwischen ein Exportschlager ist. Für die Marine wurden eigene Korvetten und eine Fregatte gebaut. Die türkische Armee nahm 2023 den ersten selbst entwickelten modernen Kampfpanzer Altay in Dienst. Am 1. Mai 2023 wurde der Prototyp des ersten selbst entwickelten Tarnkappenflugzeugs MMU vorgestellt.



Geprägt wird das Bild der Türkei vor allem durch den Tourismus, mehr als 50 Millionen Reisende besuchten 2022 das Land. Blick auf den Strand in der Region Izmir Ende Juni 2023



Die Automobilindustrie ist seit 2004 die größte Exportbranche. 2023 wird in Gemlik das erste in der Türkei gefertigte E-Auto produziert ...



... nahe Mersin entsteht das von Russland gebaute Atomkraftwerk Akkuyu, das zukünftig 10 Prozent der türkischen Energieversorgung sichern soll. Im April 2023 werden die ersten Brennstäbe geliefert.



Die deutsch-türkischen Beziehungen reichen zurück bis ins Osmanische Reich, teils geprägt von Konflikten. Am 16. November 2022 treffen sich Bundeskanzler Olaf Scholz (li.) und der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan beim G20-Gipfel auf der indonesischen Insel Bali zu einem bilateralen Gespräch.

Rainer Hermann

Beziehungen mit Deutschland

Die deutsch-türkischen Beziehungen reichen lange zurück. Trotz politischer Differenzen bleibt die Verbindung der beiden Länder stark, nicht zuletzt gefördert durch Austauschprojekte für junge Menschen.

Mit wenigen Ländern unterhält die Türkei so intensive Beziehungen wie mit Deutschland. In der Bundesrepublik leben drei Millionen Personen, die ihre Wurzeln in der Türkei haben. Von ihnen hat die Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft. Eng sind auch die wirtschaftlichen Beziehungen. In der Türkei haben 7700 deutsche Unternehmen investiert, traditionell ist Deutschland der wichtigste Exportmarkt der türkischen Unternehmen.

In der NS-Zeit haben mehrere hundert Verfolgte aus Wissenschaft und Kunst aus Deutschland und Österreich in der Türkei im Exil gelebt, wo sie am Aufbau eines modernen Hochschulwesens beteiligt sowie als Städteplaner und Architekten tätig waren. Seit dem Kulturabkommen von 1957 ist die Kultur ein Schwerpunkt der Beziehungen. Auf der Grundlage des Abkommens werden deutsche LehrerInnen an die deutschsprachigen Gymnasien wie das Alman Lisesi und das Istanbul Lisesi entsandt sowie kulturelle Einrichtungen unterhalten,

etwa das Goethe-Institut, das Deutsche Archäologische Institut, der Deutsche Akademische Austauschdienst und das Orient-Institut.

Am 7. September 2006 unterzeichneten die Außenminister beider Länder in Istanbul die Ernst-Reuter-Initiative, die nach dem früheren Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter benannt ist, der von 1935 bis 1946 an der Universität in Ankara Stadtplanung lehrte. Die Initiative dient als Rahmen für gemeinsame Projekte des Jugendaustausches und der akademischen Kooperation. Ein Leuchtturmprojekt ist die Deutsch-Türkische Universität im Istanbul Stadtteil Beykoz, die ihren Lehrbetrieb im Wintersemester 2013/14 aufgenommen hat. Auf die Ernst-Reuter-Initiative geht auch die deutsch-türkische Kulturakademie im Istanbul Stadtteil Tarabya zurück, in der mit Stipendien geförderte KünstlerInnen aus verschiedenen Sparten arbeiten.



Die Ernst-Reuter-Initiative, benannt nach dem ehemaligen Berliner Oberbürgermeister, der die NS-Zeit als Flüchtling in der Türkei überlebte, unterstützt den Jugendaustausch zwischen der Türkei und Deutschland.

Tiefpunkt 2016

Auf einen Tiefpunkt fielen die Beziehungen im Sommer 2016. Auslöser war die Verabschiedung einer Resolution im Bundestag, die die Tötung von bis zu 1,5 Millionen ArmenierInnen in den Jahren 1915 und 1916 im Osmanischen Reich als Völkermord bezeichnete. Deutschland war das 25. Land, das den Massenmord an den ArmenierInnen als Genozid wertete. Die Resolution enthält einen Hinweis darauf, dass das Deutsche Reich als militärischer Hauptverbündeter des Osmanischen Reichs nicht versucht habe, diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stoppen.

Die Türkei verhängte ein Besuchsverbot für die in Incirlik stationierten deutschen Soldaten, die Teil der internationalen Koalition im Kampf gegen den Islamischen Staat waren. Die Beziehungen verschlechterten sich weiter, als Deutschland im Frühjahr 2018 den Einmarsch der türkischen Armee in die von KurdInnen bewohnte nordsyrische Provinz Afrin kritisierte. Deutsche StaatsbürgerInnen, die ebenfalls die türkische Staatsangehörigkeit besitzen, wurden wegen Aussagen festgenommen, die in der Türkei als Präsidentenbeleidigung oder Terrorunterstützung geahndet werden, in Deutschland aber unter freie Meinungsäußerung fallen. Zeitweise durften 74 deutsche StaatsbürgerInnen aufgrund von Ausreisesperren das Land nicht verlassen. Die politischen Kontakte brachen aber nicht ab. Gesprächsthemen waren die Lage in Syrien und die Zusammenarbeit bei der Befriedung Libyens.



Ein Streitpunkt sind Inhaftierungen von deutsch-türkischen Staatsbürgern wie dem Journalisten Deniz Yücel, hier mit seiner Frau Dilek Mayatürk 2018 in Potsdam.

Die Beziehungen blieben schwierig. Am 1. Juli 2022 sperrte die Türkei die türkischsprachige Webseite der Deutschen Welle, Ende Februar 2023 musste die Deutsche Welle ihr Verbindungsbüro in der Türkei komplett schließen. Bei der Geberkonferenz nach dem Erdbeben vom 6. Februar am 20. März 2023 in Brüssel war Deutschland der größte bilaterale Geber.

Türkische Community

Erdoğan rief 2008 in Köln die in Deutschland lebenden TürkInnen dazu auf, ihre Kultur, Religion und Identität zu bewahren. Er verurteilte Assimilation als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Umstritten ist, in welchem Maße DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion), der deutsche Ableger der türkischen Religionsbehörde *Diyanet*, mit seinen tausend Moscheegemeinden in Deutschland und den entsandten Imamen die Sozialintegration behindert. Kritik rief hervor, dass Imame nach dem Putschversuch von 2016 dazu aufriefen, Anhänger des Predigers Gülen zu diffamieren, und dass Predigten den Einmarsch der türkischen Armee in Nordsyrien verherrlichten.

Wie eng die türkeistämmige Community in Deutschland mit der Türkei verbunden ist, zeigt sich an ihrer hohen Beteiligung an türkischen Wahlen. Deutschland ist das Land mit den meisten wahlberechtigten TürkInnen außerhalb der Türkei. Bei den Wahlen vom 14. Mai gaben 50 Prozent der 1,5 Millionen Wahlberechtigten ihre Stimme ab, obwohl bundesweit nur 17 Wahllokale zur Verfügung standen. Am 14. Mai stimmten 65,5 Prozent für Erdoğan, bei der Stichwahl 67,4 Prozent. Sunnitische TürkInnen stimmen überwiegend für Erdoğan und dessen AKP, die Angehörigen von Minderheiten wie KurdInnen und AlevitInnen überwiegend für Oppositionsparteien.



Präsident Erdoğan hat auch viele Wählerinnen und Wähler in der türkischen Community in Deutschland. Hier feiern sie seinen Sieg bei den Wahlen im Mai 2023 vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin.

Die Angst bleibt

Als vor dreißig Jahren in Solingen das Haus der Familie Genç niederbrannte, da waren Bilge Yüksel (25), Yahya Alkan (23) und Ömer Dökmeci (22) noch gar nicht geboren. Und doch bekamen sie schon als Kinder und Jugendliche mit, wie sehr die Angst vor rassistischer Gewalt ihre Elternhäuser, Familien und Freundeskreise bestimmte. Die drei Studierenden begegneten sich bei einem Seminar zum Solinger Anschlag der Historikerin Franka Maubach an der Uni Wuppertal. Dort entwickelten sie ein Interviewprojekt mit dem Ziel, deutsch-türkische Zeitzeugen des Solinger Anschlags 1993 zu befragen. Entstanden ist eine Reihe von Tiefeninterviews, die Auskunft geben über das Deutschland der frühen Neunziger, aber auch die Sichtweisen und Erfahrungen der türkeistämmigen Bevölkerung. [...]

DIE ZEIT: Was hat Sie in Ihren Gesprächen über Solingen am meisten überrascht?

Ömer Dökmeci: Wie viele Teilnehmer gar nicht glaubten, dass es relevant ist, was sie dazu denken. „Was soll ich dazu sagen?“ – ich weiß nicht, wie oft wir diese Frage gehört haben.

Yahya Alkan: Sobald sie dann mit dem Erzählen angefangen hatten, hörten sie gar nicht mehr auf zu reden. Es war so viel, dass wir am Ende in den Transkripten vieles herausstreichen mussten. Und auch das war überraschend: Jeder, den ich gesprochen habe, war danach positiv gestimmt. Einer sagte zum Schluss, dass wir Menschen mehr lieben müssen. [...]

Yüksel: Der Anschlag von 1993 ist tief im Gedächtnis aller migrantischen Zeitzeugen eingebrannt, egal ob sie in Solingen, Remscheid oder ganz woanders lebten. Und trotzdem ist das Sprechen darüber für viele eine neue Erfahrung. Es wird nicht direkt totgeschwiegen, es wird viel von Mund zu Mund weitergegeben. Aber ich glaube nicht, dass es wirklich je aufgearbeitet wurde. Viele wollen einfach vergessen, wie es damals war. [...]

Alkan: Bei vielen Deutschtürken herrscht bis heute eine gewisse Vorsicht. Die Eltern geben den Kindern mit: Pass auf, egal wo du bist, es können immer rassistische Übergriffe passieren. Bei den weißen Deutschen dagegen ist die Angst gar nicht da, selbst von rassistischer Gewalt betroffen zu sein. Deswegen sind die Geschehnisse von 1993 vielen unter ihnen gar nicht mehr präsent. Gerade in der jüngeren Generation mussten wir oft erstmal erklären, was 1993 genau geschehen ist.

In den Morgenstunden des 29. Mai 1993 dringen vier Deutsche in den Flur des Hauses der Familie Genç in Solingen ein. Es ist Rassismus, der sie treibt. Die Täter legen ein Feuer, das schnell zum Inferno wird. 17 Menschen werden verletzt, fünf sterben, unter ihnen drei Kinder. Der Mordanschlag von Solingen gilt neben dem Anschlag von Mölln und den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen als einer der Tiefpunkte der rassistischen Gewalt in Deutschland am Beginn der neunziger Jahre. [...] 1992 und 1993 kommt es zeitweise fast täglich zu Brandanschlägen auf Asylbewerberunterkünfte. Allein in diesen beiden Jahren sterben in Deutschland 52 Menschen durch rechte Gewalt.

DIE ZEIT: Was berichteten Ihnen Ihre Gesprächspartner aus dieser Zeit?

[...] Yüksel: Es gibt traumatische, kollektive Erfahrungen. Ein Interviewpartner hat mir erzählt, wie er und andere nach dem Anschlag wochenlang aus Angst im Auto geschlafen haben. Oder dass man die Kinder angezogen zum Schlafen ins Bett gelegt hat, damit man notfalls schnell flüchten kann. Feuerlöscher und Strickleitern waren damals ständig ausverkauft, weil jede Familie auf einen Brandanschlag vorbereitet sein wollte. [...]

DIE ZEIT: Manche sagen, dass der rassistische Hass in den Jahren nach Solingen etwas nachließ. Sehen Sie das auch so?

Yüksel: Nun ja, Asylunterkünfte brennen noch immer, Menschen werden noch immer aus rassistischen Gründen umgebracht. Unsere Generation hat dieselben Ängste vor rassistischer Gewalt, die auch schon die Generation davor hatte. Solingen ein Wendepunkt? Man könnte auch sagen: Unser Solingen heißt Hanau. Wenn rassifizierte Menschen in einer Shishabar erschossen werden, einem Raum, in dem sie sich – wie Familie Genç in ihrem Haus – sicher fühlen, dann ist das nicht weit weg von dem, was die Menschen damals erlebt haben. [...]

In Hanau erschoss ein Täter im Februar 2020 aus rassistischen Motiven neun Menschen mit Migrationshintergrund und seine Mutter. [...]

DIE ZEIT: Was hat sich geändert seit 1993?

Yüksel: Ich glaube, die Wahrnehmung von Rassismus. Was die Betroffenen selbst als Rassismus begreifen und was nicht. Ich hatte ein Interview mit einem deutsch-türkischen Bauingenieur, der mir sagte, dass er nie Rassismus erlebt hätte, weil er sich immer anständig verhalten habe. Er hatte dieses Muster „guter Migrant – schlechter Migrant“ internalisiert, die Anpassung an alle möglichen angeblichen und tatsächlichen Erwartungen der Deutschen. Und dann erzählte er mir ein rassistisches Erlebnis nach dem anderen. Ich glaube, das ist auch ein Generationsunterschied.

Dökmeci: Viele aus der älteren Generation dachten und denken: Ich muss mich jetzt fügen. Ich muss es hinnehmen, dass mein Nachbar mich aus keinem erkennbaren Grund komplett ignoriert. Wenn ich da jetzt den Mund aufmache, dann kriege ich nur Probleme. Allein schon, dass auch solche Erfahrungen Rassismus sind und nicht erst, wenn man verprügelt wird, ist vielen nicht klar. [...]

DIE ZEIT: Und in Ihrer Generation gibt es das nicht mehr?

Yüksel: Ich habe jedenfalls das Gefühl, da tut sich etwas. Ich muss nicht dankbar sein. Ich bin hier, ich bin deutsch und ich fordere mein Recht ein, wie alle anderen behandelt zu werden.

Alkan: Ich bin eher Deutscher als Türke. Ich lebe hier, ich studiere hier und ich bin dankbar dafür. Ich möchte später Lehrer werden in Deutschland, zur Bildung der Kinder beitragen. Nicht nur für mich, auch für das Land. [...]

„Diese Angst wird nie vergehen“, Interview: Christian Bangel, in: DIE ZEIT Nr. 23 vom 1. Juni 2023

Rainer Hermann

Eine Bilanz

Ein Rückblick auf die ersten 100 Jahre der türkischen Republik zeigt, wie sich das Land entwickelt hat, vor welchen Herausforderungen es steht und mit welchen Zielen die Türkei in die Zukunft blickt.

Die Republik Türkei ist eine Erfolgsgeschichte. Nach dem Untergang des Osmanischen Reichs hatten die Sieger des Ersten Weltkriegs 1920 im Friedensvertrag von Sèvres Anatolien weitgehend unter sich aufgeteilt. Wenige rechneten damit, dass sich gegen den Willen der Siegermächte ein neuer türkischer Staat behaupten würde. Anatolien war nach zehn Jahren Krieg verwüstet und teilweise entvölkert.

In ihrem ersten Jahrhundert hat die Türkei als Republik einen gewaltigen Entwicklungssprung gemacht. Die frühe Republik war ländlich geprägt, arm und blickte nach innen. Aus der Agrarnation wurde ein Industrieland mit einer diversifizierten Wirtschaft. Heute ist die Türkei eine regionale Ordnungsmacht und ein *Global Player* mit imperialen Ambitionen. Mit ihrem Gewicht und in ihrer strategischen Lage kann sie die Balance zwischen West und Ost verändern.

Die hundert Jahre sind eine Geschichte von Kontinuitäten und Brüchen. Atatürk, ohne den es die heutige Republik so nicht gäbe, hatte das rückständige Land mit einer Erziehungsdiktatur modernisiert. Trotz Wahlen und demokratischen Intervallen wurde die Türkei über weite Strecken autoritär regiert. Nicht verändert haben sich die Säulen der Macht. Atatürk und seine Nachfolger konnten sich darauf verlassen, dass die Bürokratie in ihrem Sinne handelt und dass die Justiz nicht die BürgerInnen schützt, sondern den Staat. Das Militär war der Garant dafür, dass es keine dauerhaften Abweichungen von Atatürks Kulturrevolution geben würde.

An diese Tradition knüpft Erdoğan an. Anders als Atatürk, der seine Legitimation aus seiner Rolle im Unabhängigkeitskrieg bezogen hat, benötigt Erdoğan für seine autoritäre Politik eine Legitimation durch ein demokratisches Mandat. Wie die Kemalisten vor ihm kann auch er sich auf die Justiz und die Bürokratie als Instrumente der Macht verlassen. Das Militär hat jedoch eine neue Funktion. Es soll nicht mehr die Macht nach innen sichern, sondern nach außen, jenseits der Grenzen, Macht demonstrieren.

Die Institutionen, die den Machterhalt sichern, haben sich von Atatürk bis Erdoğan nicht verändert. Verändert hat sich hingegen das Selbstverständnis des türkischen Nationalstaats. Für den säkularen und religionsskeptischen Atatürk war der Westen das Zivilisationsmodell, an dem sich die Republik zu orientieren hatte. Von diesem Ziel wendet sich der fromme Muslim Erdoğan ab. Er lässt sich von islamischen Traditionen inspirieren, auch wenn er der materiellen Moderne verpflichtet bleibt.

Parallel dazu vollzog sich ein gesellschaftlicher Wandel. Der Republik Atatürks war (und ist) die alte urbane Elite verpflichtet.

Sie ist gebildet, pflegt einen westlichen Lebensstil und ist an Religion wenig interessiert. Die Vorherrschaft dieser *Beyaz Türkler* (Weißen Türken) wurde durch die Landflucht herausgefordert, die nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzt hat. Der gesellschaftliche Aufstieg der lange marginalisierten, frommen und konservativen *Siyah Türkler* (Schwarzen Türken) Anatoliens setzte ein. Mit dem Wahlsieg der AKP 2002 kamen sie in der Regierung an.

Nun sitzen sie an den Schalthebeln der Macht, haben Zugang zu Bildung und Wohlstand. Der Konflikt zwischen der alten urbanen Elite und der neuen anatolischen Gegenelite spaltet aber weiter das Land. Ein zweiter innerer Konflikt ist die ungelöste Kurdenfrage. Sie wird erst dann beigelegt, wenn der türkische Nationalismus aus seinem Korsett befreit und die Fiktion eines homogenen Staatsvolkes aufgegeben wird.

Außenpolitisch löst sich die Türkei unter Erdoğan von der früheren Fixierung auf den Westen. Eine Annäherung an die EU ist ausgeschlossen, solange sich die demokratischen Normen und die Rechtsstaatlichkeit nicht verbessern und solange die Kontrollmechanismen der *checks and balances*, also der Gewaltenteilung, ausgeschaltet bleiben.

Je größer die Distanz zu Europa und den USA wird, desto mehr nutzt Erdoğan Chancen und Freiräume, die sich im Nahen Osten, bei den Turkstaaten Zentralasiens und in Afrika bieten. Die NATO ist zwar weiterhin der Garant für die Sicherheit. Um unabhängiger zu werden und über mehr strategische Autonomie zu verfügen, diversifiziert und erweitert die Türkei jedoch ihre Außen- und Sicherheitspolitik.

Mit Blick auf den 100. Jahrestag der Gründung der Republik wurden prestigeträchtige Großprojekte lanciert. Sie sollen der Welt und der eigenen Bevölkerung die Leistungsfähigkeit der Türkei zeigen. Dazu zählen der neue Istanbuler Großflughafen und große Brücken, die Entwicklung eines E-Autos und der Fortschritt in der Rüstungsindustrie, mit dem die Türkei ein gefragter Waffenlieferant wurde.

Erdoğan hat bereits 2011 das Ziel ausgegeben, die Türkei unter die zehn größten Volkswirtschaften der Welt zu führen. Seither ist sie jedoch um einen Platz auf Rang 19 zurückgefallen. Noch nach dem Zweiten Weltkrieg lagen die Türkei und Südkorea gleichauf. Heute rangiert der ostasiatische Staat auf Platz 12, weit vor der Türkei. Der Erfolg der Republik wird zu Beginn ihres zweiten Jahrhunderts davon abhängen, ob sie zu Rechtsstaatlichkeit zurückfindet, wieder individuelle Freiheiten gewährt und die demokratischen Defizite beseitigt.

Zeittafel

- 8. Oktober 1912** Der erste Balkankrieg beginnt, das Osmanische Reich muss große Gebiete an die jungen Nationalstaaten auf dem Balkan abtreten
- 23. Januar 1913** Ein Triumvirat der Jungtürken, die seit 1908 den Sultan Abdülhamid II. entmachtet haben, putscht sich an die Macht
- 29. Oktober 1914** Das Osmanische Reich tritt unter Führung der Jungtürken an der Seite des Deutschen Reichs in den Ersten Weltkrieg ein
- 24. April 1915** Der Genozid an den Armeniern beginnt
- 30. Oktober 1918** Die Regierung des Osmanischen Reichs unterzeichnet den Waffenstillstand von Mudros
- 15. Mai 1919** Großbritannien ermuntert die griechische Armee, an der türkischen Ägäisküste an Land zu gehen
- 19. Mai 1919** Der Unabhängigkeitskrieg beginnt mit der Landung von Mustafa Kemal in Samsun
- 18. März 1920** Großbritannien löst im besetzten Istanbul das Osmanische Parlament auf
- 23. April 1920** In Ankara tritt erstmals die Große Nationalversammlung zusammen
- 10. August 1920** Die Regierung von Sultan Mehmed VI. unterzeichnet den Vertrag von Sèvres
- 30. August 1922** Die türkische Unabhängigkeitsarmee gewinnt bei Dumlupınar die entscheidende Schlacht gegen die griechische Invasionsarmee
- 1. November 1922** Die Große Nationalversammlung setzt den Sultan ab und hebt das Sultanat auf
- 24. Juli 1923** Die Unabhängigkeitsbewegung unterzeichnet mit den Siegermächten den Vertrag von Lausanne, der den Vertrag von Sèvres revidiert
- 4. Oktober 1923** Die letzten Besatzer verlassen Istanbul
- 13. Oktober 1923** Die Große Nationalversammlung erklärt Ankara zur neuen Hauptstadt
- 29. Oktober 1923** Die Große Nationalversammlung ruft die Republik Türkei aus
- 20. April 1924** Die Große Nationalversammlung beschließt die erste Verfassung der Republik
- 1925 bis 1935** Die Große Nationalversammlung beschließt Gesetze, mit denen die Türkei auf das Niveau einer „modernen Zivilisation“, so der Anspruch Atatürks, gehoben werden soll
- 24. November 1934** Mustafa Kemal erhält den Ehrennamen Atatürk (Vater der Türken)
- 5. Februar 1937** Die programmatischen „sechs Pfeile“ Atatürks werden Teil der Verfassung
- 4. Mai 1937** Eine militärische Operation gegen die Dersim-Aleviten beginnt
- 10. November 1938** Atatürk stirbt
- 23. Februar 1945** Die Türkei erklärt dem Deutschen Reich den Krieg
- 14. Mai 1950** Die 1946 gegründete Demokratische Partei gewinnt die Parlamentswahl, die Einparteienherrschaft endet
- 18. Februar 1952** Die Türkei und Griechenland werden als Vollmitglied in die NATO aufgenommen
- 6./7. September 1955** Pogrom an der griechischen Bevölkerung Istanbuls
- 27. Mai 1960** Erster Militärputsch
- 9. Juli 1961** Eine neue Verfassung löst die aus dem Jahr 1924 ab
- 17. September 1961** Der gestürzte Ministerpräsident Adnan Menderes wird hingerichtet
- 12. September 1963** Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Türkei schließen ein Assoziierungsabkommen
- 12. März 1971** Zweiter Militärputsch
- 20. Juli 1974** Die türkische Armee beginnt eine Invasion in Nordzypern
- 27. November 1978** Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) unter Führung von Abdullah Öcalan wird gegründet
- 12. September 1980** Dritter Militärputsch
- 7. November 1982** Ein Referendum billigt eine vom Militär geschriebene Verfassung
- 6. November 1983** Turgut Özal gewinnt mit der Mutterlandspartei (Anap) die erste Parlamentswahl nach dem Putsch
- 15. August 1984** Die PKK erklärt dem türkischen Staat den Krieg und beginnt bewaffnete Aktionen
- 14. April 1987** Die Türkei stellt den Antrag auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG)
- 27. März 1994** Recep Tayyip Erdoğan wird zum Oberbürgermeister Istanbuls gewählt
- 28. Februar 1997** Der Nationale Sicherheitsrat fordert Maßnahmen gegen die Islamisierung, die am 30. Juni 1997 zum Rücktritt der Regierung Erbakans führen
- 21. April 1998** Das Staatssicherheitsgericht verurteilt Erdoğan zu einer Haftstrafe, sodass er als Oberbürgermeister zurücktreten muss
- 15. Februar 1999** Der PKK-Führer Öcalan wird in Nairobi festgenommen und in die Türkei gebracht
- 17. August 1999** Bei einem Erdbeben östlich von Istanbul verlieren mehr als 18 000 Menschen ihr Leben
- 11. Dezember 1999** Der Europäische Rat verleiht der Türkei den Status einer Beitrittskandidatin
- 21. Februar 2001** Ein Konflikt zwischen Staatspräsident Necdet Sezer und Ministerpräsident Bülent Ecevit löst eine schwere Wirtschaftskrise aus
- 15. Mai 2001** Der Internationale Währungsfonds gewährt der Türkei einen Stand-by-Kredit, der mit der Auflage verbunden ist, Struktur-reformen einzuleiten
- 14. August 2001** Die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) wird unter Führung Erdoğanns gegründet
- 3. November 2002** Die AKP gewinnt die Parlamentswahl und stellt allein die Regierung
- 2002 bis 2004** Die Große Nationalversammlung verabschiedet im Rahmen der Annäherung an die EU Reformgesetze
- 14. März 2003** Die Große Nationalversammlung wählt Erdoğan zum Ministerpräsidenten
- 3. Oktober 2005** Die EU nimmt Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf
- 7. September 2006** Deutschland und die Türkei unterzeichnen die Ernst-Reuter-Initiative zum Ausbau der bilateralen kulturellen Beziehungen
- 27. April 2007** Der Generalstab droht zu intervenieren, sollte Abdullah Gül zum Staatspräsidenten gewählt werden
- 28. April 2007** Die Große Nationalversammlung wählt Gül zum Staatspräsidenten

30. Juli 2008 Im Verfassungsgericht fehlt eine Stimme, um die AKP zu verbieten

20. Oktober 2008 Die Ergenekon-Prozesse gegen ranghohe Mitglieder der Sicherheitsdienste und der Armee beginnen in einem zivilen Gericht. Ihnen werden Putschabsichten vorgeworfen. Das höchste Gericht, der Yargıtay, hebt die Urteile 2016 auf

12. September 2010 Ein Verfassungsreferendum beschneidet die Unabhängigkeit der Justiz

28. Mai 2013 Im Istanbul Gezi-Park beginnen Proteste gegen die Regierung Erdoğan

17. Dezember 2013 Korruptionsermittlungen gegen Vertraute Erdoğan beginnen

28. August 2014 Erdoğan ist der erste direkt vom Volk gewählte Staatspräsident

22. März 2015 Erdoğan erklärt den Dialog mit den KurdInnen für beendet

10. Oktober 2015 Bei einem Selbstmordanschlag der Terrororganisation Islamischer Staat gegen eine Friedensdemonstration in Ankara werden 102 Menschen getötet

18. März 2016 Die EU und die Türkei unterzeichnen ein Abkommen zur Bewältigung der Migrationskrise

2. Juni 2016 Die Resolution des Bundestags zum Genozid an den ArmenierInnen löst eine schwere Krise in den deutsch-türkischen Beziehungen aus

15. Juli 2016 Ein Putschversuch gegen Erdoğan scheitert

24. August 2016 Die Türkei beginnt die erste von vier Militäroperationen in Nordsyrien

16. April 2017 Ein Verfassungsreferendum billigt die Einführung des Präsidialsystems

24. Juni 2018 Das Präsidialsystem tritt mit der Präsidenten- und Parlamentswahl in Kraft. Erdoğan wird zum zweiten Mal zum Staatspräsidenten gewählt

31. März 2019 Die AKP verliert bei den Lokalwahlen die Bürgermeisterposten in Istanbul und Ankara

27. November 2019 Die Türkei unterzeichnet mit der libyschen Regierung der Nationalen Übereinkunft ein Seegrenzabkommen und ein militärisches Beistandsabkommen

24. Juli 2020 Die Hagia Sophia wird von einem Museum in eine Moschee umgewandelt

20. März 2021 Erdoğan kündigt den Austritt der Türkei aus der Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention“) an

14. Mai 2022 Die Türkei legt gegen die Aufnahme von Schweden und Finnland in die NATO ein Veto ein

6. Februar 2023 Bei einem Erdbeben im türkisch-syrischen Grenzgebiet verlieren in der Türkei mehr als 50 000 Menschen ihr Leben

28. Mai 2023 Erdoğan wird zum dritten Mal zum Staatspräsidenten gewählt

Literatur- und Onlineverzeichnis

Akyol, Çiğdem: Erdoğan. Die Biografie, Freiburg 2016, 383 S.

Akyol, Çiğdem: Die gespaltene Republik. Die Türkei von Atatürk bis Erdoğan, Frankfurt/M. 2023, 393 S.

Bora, Tanıl: Cereyanlar. Türkiye’de Siyasî İdeolojiler. (Strömungen. Die politischen Ideologien in der Türkei), 8. Auflage, Istanbul 2021, 926 S.

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Dossier „Türkei“, Stand: 15.05.2023; online unter: <https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/>

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ): Türkei (40-41/2023); online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/tuerkei-2023/>

Cagaptay, Soner: The New Sultan. Erdogan and The Crisis of Modern Turkey, London u.a. 2020, 240 S.

Cagaptay, Soner: A Sultan in Autumn. Erdogan Faces Turkey’s Uncontainable Forces, London u.a. 2021, 111 S.

Çağlar, Ali: Jugendstudie Türkei 2021. Eine quantitative und qualitative Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung Türkei, Ankara 2022, 404 S.; online unter: <https://www.kas.de/en/web/tuerkei/single-title/-/content/turkish-youth-2021-1>

Cooperation International: Türkei. Überblick zur Bildungs-, Forschungs- und Innovationslandschaft und -politik; online unter: <https://www.kooperation-international.de/laender/asien/tuerkei/zusammenfassung/ueberblick-zur-bildungs-forschungs-und-innovationslandschaft-und-politik>

Europäisches Parlament: Bericht über den Bericht 2021 der Kommission über die Türkei, 18.5.2022; online unter: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0149_DE.html

European Commission: Türkiye 2022 Report, Brüssel 2022, 140 S.; online unter: <https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/system/files/2022-10/T%C3%BCrkiye%20Report%202022.pdf>

Göztepe, Ece: Über die Verteidigung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 68/3 (2021), S. 323-336

Human Rights Watch: World Report 2023. Turkey, Events of 2022; online unter: <https://www.hrw.org/world-report/2023/country-chapters/turkey>

Jenkins, Gareth: Five Years after July 15: Erdogan’s New Turkey and the Myth of Its Immaculate Conception, in: The Turkey Analyst, 15.06.2021; online unter: <https://www.turkeyanalyst.org/publications/turkey-analyst-articles/item/670-five-years-after-july-15-erdogan%E2%80%99s-new-turkey-and-the-myth-of-its-immaculate-conception.html>

Kieser, Hans-Lukas: Talât Pascha. Gründer der modernen Türkei und Architekt des Völkermords an den Armeniern, Zürich 2018, 439 S.

Kreiser, Klaus: Atatürk. Eine Biographie, München 2008, 334 S.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Reihe Bürger & Staat: 100 Jahre Türkei. Die Republik zwischen Tradition und Erneuerung (1/2 2023); online verfügbar unter: https://www.buergerundstaat.de/1_2_23/100jahre_tuerkei_bf.pdf

Mayer-Rüth, Oliver: Der Allmächtige? Die Türkei von Erdogans Gnaden, Bonn 2023, 264 S.

OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development): OECD Economic Surveys: Türkiye 2023, Paris 2023; online unter: <https://doi.org/10.1787/19990480>

Pekesen, Berna (Hg.): Turkey in Turmoil. Social Change and Political Radicalization during the 1960’s, Berlin/Boston 2020, 331 S.

Reinkowski, Maurus: Geschichte der Türkei. Von Atatürk bis zur Gegenwart, München 2021, 496 S.

Reiss, Kristina u.a.: PISA 2018. Grundbildung im internationalen Vergleich, Münster 2019, 18 S.; online unter: https://www.pisa.tum.de/fileadmin/woobgi/www/Berichtsbaende_und_Zusammenfassungen/Zusammenfassung_PISA2018.pdf

Seufert, Günter: Ein Präsidialsystem „türkischer Art“. Konzentration der Macht auf Kosten politischer Gestaltungskraft, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie Nr. 4, März 2019, 37 S.

Seufert, Günter/Kubaseck, Christopher: Abschied von Atatürk. Die Krisen und Konflikte der neuen Türkei, München 2023, 266 S.

Steinsdorff, Silvia von u.a. (Hg.): The Constitutional Court of Turkey. Between Legal and Political Reasoning, Baden-Baden 2022, 720 S.

Türkiye Cumhuriyeti Cumhurbaşkanlığı, Strateji ve Bütçe Başkanlığı [Präsidialamt der Türkei, Präsidium für Strategie und Haushalt]: Türkiye Earthquakes Recovery and Reconstruction Assessment, 17. März 2023, 219 S.; online unter: <https://www.sbb.gov.tr/turkiye-earthquakes-recovery-and-reconstruction-assessment/>

Bildnachweise

Getty Images:

5: Keystone-France / **6:** Keystone-France / **9:** Ed Ou / **23 oben:** Chris McGrath / **24 unten:** Hakan Akgun/dia images / **25 oben:** Mesut Varol/Anadolu Agency

Imago:

12: IMAGO/ZUMA Wire / **13:** IMAGO/Xinhua / **23 unten:** IMAGO/Hoch Zwei Stock/Angerer / **27 links:** IMAGO/Westend61 / **28 oben:** IMAGO/ZUMA Wire

Laif:

25 unten: Hermann Bredehorst/Polaris/laif

Picture Alliance:

4: AP Photo | Lefteris Pitarakis / **7 links:** dpa | Seren Oguz / **7 rechts:** dpa | epa Tinazay / **11:** EPA | MARTIN DIVISEK / **16 oben:** ZUMAPRESS.com | Tunahan Turhan / **16 unten:** ZUMAPRESS.com | Mehmet Masum Suer / **17:** newscom | Turkish President Press Office / **20 oben:** AA | Isa Terli / **20 unten:** dieKLEINERT | Markus Grolik / **21:** ZUMAPRESS.com | Serkan Senturk / **22 links:** AA | Murat Kula / **22 rechts:** AA | Arda Kucukkaya / **27 rechts:** AA | Serhat Cagdas / **28 Mitte:** AA | Mustafa Yilmaz / **28 unten:** AA | Serkan Avci / **29:** dpa | Christoph Soeder / **30 oben:** photothek | Thomas Imo / **30 unten links:** Geisler-Fotopress | Sebastian Gabsch/Geisler-Fotopress / **30 unten rechts:** AA | Erbil Basay

Reuters:

10: picture alliance / REUTERS | Kenan Gurbuz / **18:** picture alliance / REUTERS | Saudi Press Agency / Handout / **19:** picture alliance / REUTERS | Umit Bektas / **24 oben:** picture alliance / REUTERS | Umit Bektas

Der Autor

Dr. Rainer Hermann schrieb von 1998 bis 2023 als Korrespondent und Redakteur für die Frankfurter Allgemeine Zeitung über die Türkei, die arabische Welt und Iran. Von 1991 bis 2008 lebte er in Istanbul, wo er zunächst für die Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai), einer Behörde des Bundeswirtschaftsministeriums, arbeitete. In Abu Dhabi beobachtete er ab 2008 den Aufstieg der Golfstaaten und die Massenproteste in der arabischen Welt. Von 2012 bis zum 31. März 2023 gehörte er zu den leitenden Redakteuren in der Frankfurter Zentralredaktion und bereiste regelmäßig die Türkei.

Das Studium führte ihn nach Freiburg, Rennes, Basel und Damaskus. 1984 schloss er das Studium der Volkswirtschaftslehre in Freiburg mit dem Diplom ab, das Studium der Islamwissenschaft 1989 ebenfalls in Freiburg mit der Promotion. Thema seiner Dissertation war ein Aspekt der modernen syrischen Geistesgeschichte.

Neben einer Reihe wissenschaftlicher Artikel hat Rainer Hermann neun Bücher verfasst, die sich mit der Türkei, der arabischen Welt und Afghanistan beschäftigen. Zuletzt erschienen „Afghanistan verstehen. Geografie, Geschichte, Glaube, Gesellschaft“ (2022) und „Die Achse des Scheiterns. Wie sich die arabischen Staaten zugrunde richten“ (2021).

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309,
Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Laura Gerken (verantwortlich/bpb); Jutta Klaeren; Charlotte Wittenius;
Leonie Schminke (Volontärin)

Redaktionelle Mitarbeit:

Marleen Linder, Köln; Hannah Stadler, Graz

Titelbild:

Getty Images/Muhammed Enes Yildirim/Anadolu Agency

Umschlagrückseite:

Synchronschwimmer GmbH, Frankfurt am Main;
unter Verwendung von iStock/delihatay

Gesamtgestaltung:

Synchronschwimmer GmbH, Frankfurt am Main

Druck:

Druckhaus Kaufmann GmbH, 77933 Lahr

Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

vierteljährlich
ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 400 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

September 2023

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Anforderungen

bitte schriftlich an
Publikationsversand der Bundeszentrale für
politische Bildung/bpb,
Postfach 501055,
18155 Rostock

Fax.: 03 82 04/66-273 oder
www.bpb.de/izpb

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnement-modalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**)

steht das Infotelefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0

Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.



Wissen genießen mit der bpb.

Aktuelle Angebote zum Thema Türkei gibt es zum Scrollen und zum Blättern.



online



online / print



Das neue Online-Dossier zur Türkei:
<https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/>



APuZ | Türkei
Bestell-Nr. 72340 | kostenlos

www.bpb.de

bpb:
Bundeszentrale für
politische Bildung